

LIEBE LESERIN! LIEBER LESER!

Seit der Gründung des "Verband Wiener Wohnungslosenhilfe" ist Kontinuität ein Erfolgsgarant. Wir haben in ausgezeichneter Zusammenarbeit mit der Stadt Wien eine notwendige Anpassung an sich stets verändernde Bedingungen vorgenommen und gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien die notwendigen Schritte gesetzt, um Not und Leid zu lindern und um das Wohlergehen der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zu fördern. 2011 war das Jahr, in dem die in der Wiener Wohnungslosenhilfe tätigen Trägerorganisationen gemeinsam und auf Basis der konstruktiven Kooperation mit dem Fonds Soziales Wien und dem Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen nicht nur richtungsweisende Arbeitskonzepte, sondern vor allem stabile Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen herstellten.

Bereits seit Beginn des Jahres 2011 waren Arbeitsgruppen am Werk, bestehend aus TeilnehmerInnen aus öffentlichen und privaten Einrichtungen, mit dem Ziel, qualitätssichernde Maßnahmen zu erarbeiten. Die Koordination des Gesamtprozesses übernahm der Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen, beratende Funktion übte ein hochkarätiger ExpertInnenbeirat aus. Entstanden ist daraus die "Rahmenrichtlinie zur Qualitätssicherung", eine Richtlinie, die allen Beteiligten eine Orientierung für qualitätsvolles Handeln bietet und insbesondere einen "Gewinn" für die KlientInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe ermöglichen soll.

Wenn wir von "Wohnungslosigkeit" sprechen, wissen wir, was gemeint ist. Und dennoch ist es so, dass es in Österreich an einer einheitlichen und klaren Definition von "Wohnungslosigkeit" fehlt. Möglicherweise ist dies eine sozialpolitische Herausforderung, da vorerst die Zuständigkeiten innerhalb des Staates und seinen Einrichtungen zu klären sind. Hier gilt es, an der Sache "dran zu bleiben". Europäische Initiativen haben sich

dezidiert mit diesem Thema beschäftigt und ihre Empfehlung abgegeben, um es den EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, eigene Strategien zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu entwickeln. Infolge ist das Thema "Leistbarer Wohnraum" nicht nur ein Thema für sich, sondern knüpft dort an, wo Menschen versuchen, günstigen Wohnraum zu erlangen. Die Stadt Wien ist mit ihrem Unternehmen "Wiener Wohnen" sicherlich ein nützliches Beispiel für sinnvollen sozialen Wohnbau, jedoch könnten hier die Ressourcen knapp werden. Wir erlauben uns, hier insbesondere den Wunsch an Politik und Wohnungswirtschaft zu richten, unsere Ideen und Modelle aufzugreifen, damit zeitgemäße und den Bedürfnissen von Menschen entsprechende Vorhaben wie etwa das neue Wiener Wohnungsangebot "SMART-Wohnungen" ausgebaut werden können.

Was jedoch nützt ein soziales Dienstleistungssystem den Menschen, die zwar Bedürfnisse haben und nicht vermögend sind, jedoch "selbst daran schuld sind", wohnungslos zu sein? Welche Institution bewertet mit welchen geeigneten Mitteln den Status "Selbstverschuldung" und wie beschaffen muss ein System sein, damit solche Fragen angemessen und nachvollziehbar beantwortet werden können?

2011 wurde es erneut offensichtlich: Sparmaßnahmen folgen Systemzwängen. Für viele Hilfsorganisationen stellt dies eine enorme Herausforderung dar. Zunehmend wird es wichtiger, private Spendengelder zu akquirieren. Dies gelingt nicht immer, ein auf Dauer ausgerichteter Spendenbeschaffungsprozess kostet zudem. Es gilt auch hier, anzuregen, dass wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen die Vollfinanzierbarkeit der damit untrennbar verbundenen sozialen Dienstleistungsangebote gewährleisten.

Die demographische Entwicklung und insbesondere die Bevölkerungsprognose zeigen deutlich, dass "wir alle älter werden". Es ist erfreulich, dass die Lebensbedingungen im Allgemeinen eine scheinbar höhere Lebenserwartung mit sich bringen, doch nicht für jeden: Lernerfahrungen von Menschen sind vor allem in den ersten Lebensjahren von großer Bedeutung: durch frühkindliche weniger günstige Erlebnisse werden Lebensgeschichten geschrieben, die wir nur allzu gut kennen. Die mögliche Folge: die Flucht in die Sucht! Bleibt eine Suchterkrankung unbehandelt, sterben wohnungslose Menschen meist vor dem 60. Lebensjahr, genau jene Altersgrenze, die in demographischen Prognosen ein wichtiges Lebensalter skizziert. Die Lebenserwartung ist weit über ein Jahrzehnt radikal verkürzt. Stirbt ein Mensch, benötigt es Zeit und Ruhe, um Respekt, Würde und Trauer zulassen zu können. Eine Selbstverständlichkeit, wie Sie uns sicher zustimmen werden. In der Hektik des Alltags jedoch eine Herausforderung, besonders für jene, die Sterbende begleiten.

Kontinuität ist ein Erfolgsgarant, bietet Sicherheit und Stabilität. Der Verband Wiener Wohnungslosenhilfe freut sich, Ihnen auch heuer seinen Jahresbericht vorlegen zu können.

Die nachfolgenden Seiten führen Sie durch Themen, die uns nicht nur im vergangenen Jahr wichtig waren. Vielmehr ist es Aufgabe, durch einen herbeizuschaffenden Diskurs Zukunft zu gestalten!

Für den Verband Wiener Wohnungslosenhilfe

Wolfgang Janik

INHALT





























IMPRESSUM

Herausgeber: Verband Wiener
Wohnungslosenhilfe in
Kooperation mit "wieder wohnen"
Redaktionsteam: Elisabeth
Hammer, Wolfgang Janik,
Waltraud Kothbauer, Oliver
Loelein, Ingrid Rasl-Brandl, Kurt
Riha; AutorInnen: Elisabeth
Corazza, Julia Galvagna, Sepp
Ginner, Robert Haberbusch,
Elisabeth Hammer, Monika
Lengauer, Sabine Kraft, Gilbert
Medwed, Ingrid Rasl-Brandl,
Christina Schilling, Heinz Schoibl,
Christian Wetschka:

Fotos: Peter Gusenleitner Layout: Kurt Riha

Anschrift des Herausgebers: Schlachthausgasse 41a, 1030 Wien, Tel.: 01/796 43 26 E-Mail: swh2@chello.at

Druck: Flyeralarm Wien Erscheinungsort: Wien, Juni 2012

Zur Zukunft der Wohnungslosenhilfe
HOUSING FIRST
Anregungen für die Zukunft der Wohnungslosenhilfe
Zur Zukunft der Wohnungslosenhilfe II
NO REVOLUTIONS, ALL EVOLUTIONS
Housing First: Neu-Erfindung des Rades oder Ausweg aus einer Sackgasse?
Europäische und österreichische Standards
WIE RESISTENT IST ÖSTERREICH GEGENÜBER EU-INITIATIVEN?
Die EU fordert nationale Strategien zur Beendigung von Wohnungslosigkeit
Zur institutionellen Standortbestimmung
ZUR QUALITÄT DRÄNGT
Die Wiener Wohnungslosenhilfe im Spannungsfeld der Qualitätsdiskussion
Pro & Contra
DER KLINGELBEUTEL UND DIE STAATSKASSE
Zum Thema Spendenfinanzierung vs. Fördergeberschaft
Schnittstellen
"TRANKLER" AUF HALBEM WEG
Wohnungslose Menschen stehen bei

Suchterkrankungen zunehmend im Regen 14

OBDACHLOSIGKEIT KENNT KEINE GRENZEN
Nicht anspruchsberechtigte KlientInnen mit multiplen Problemlagen – obdachlose EU-BürgerInnen 16
Sozialpädagogik in der Praxis
RESPEKT IST WAHRE STÄRKE
Der Weg zu einem gewaltfreien SOBEWO, in dem sich BewohnerInnen sicher fühlen können
Der Tod ist ein Wiener
DU SIEHST ES, WENN WER STIRBT
Von Sterben und Tod in der Wohnungslosenhilfe
ZAHLEN & FAKTEN 22

Schnittstellen II: Europaweit

ADRESSEN



HOUSING FIRST

Anregungen für die Zukunft der Wohnungslosenhilfe

Die Einführung von Housing-First-Angeboten war im Wiener Regierungsprogramm 2010 angekündigt, die inhaltliche Debatte hat allerdings erst im Herbst 2011 an Fahrt gewonnen: Anknüpfend an eine wissenschaftliche Expertise aus einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe¹, etablierte sich unter wesentlicher Beteiligung des Fachbereichs Betreutes Wohnen des FSW und Trägerorganisationen des Verbandes Wiener Wohnungslosenhilfe eine "Perspektivengruppe" mit ExpertInnen, die eine gemeinsame Sicht auf wesentliche inhaltliche Fragen entwickelten und mögliche Umsetzungsoptionen für Housing First in Wien diskutierten. Ein Ergebnispapier mit dem Titel: "Housing First -Das Wiener Modell" wurde finalisiert und Arbeitsgruppen zur Detaillierung von Strukturen und fachlichen Standards eingerichtet.

Neben diesen inhaltlichen Verständigungsprozessen hat der Fördergeber angekündigt, zukünftig wesentliche Teile der Wiener Wohnungslosenhilfe nach dem Modell des Housing First auszurichten. Diesbezügliche Statements lösten verständlicherweise auch Verunsicherung bei Trägerorganisationen aus. Sind sie womöglich gefordert, bereits aufgebaute Wohn- und Betreuungsstrukturen vor dem Hintergrund von Housing-First-Standards zu evaluieren und ggfs. Neuorientierungen und Anpassungen vorzunehmen?

Der Diskussionsprozess der letzten Monate – in einzelnen Einrichtungen wie auch trägerübergreifend, hat gezeigt, dass über eine Beschäftigung mit Housing First grundlegende Fragen der Wohnungslosenhilfe zu Rahmenbedingungen und fachlichen Standards wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Debatten gerückt sind. Einzelne dieser Themenstränge seien hier skizziert:

Deinstitutionalisierung ist eine Option!

Was die Psychiatriebewegung seit Ende der 1970er gefordert und teilweise umgesetzt hat und im Behindertenbereich gegenwärtig durch die Behindertenrechtskonvention verstärkt vorangetrieben wird, dringt jetzt auch ins Feld der Wohnungslosenhilfe: Auch Menschen mit speziellen Problemlagen und Bedürfnissen sollen Wohnen und Alltag möglichst autonom und selbstbestimmt gestalten können und jene Hilfen niederschwellig in Anspruch nehmen können, die sie dafür brauchen. Das Auflösen von Heimstrukturen ist in vielen Fällen notwendige Konsequenz.

Leistbarer Wohnraum ist eine Notwendigkeit!

Prozesse der Deinstitutionalisierung in der Wohnungslosenhilfe können nachhaltig nur dann gelingen, wenn leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Statt mit dem Bau eigener Einrichtungen und unter Nutzung spezieller rechtlicher Rahmenbedingungen Nischen für die Leistbarkeit des Wohnens für Zielgruppen der Wohnungslosenhilfe zu schaffen, müssen die Energien nun teilweise anders eingesetzt werden. Es gilt, neben der sozialen Schiene der MA 50/Wiener Wohnen die private und gemeinnützige Wohnungswirtschaft und damit auch die Wohnbauförderung (Objekt- und Subjektförderung) so umzusteuern, dass eigenständiges Wohnen für einen großen Teil der Menschen aus der Wohnungslosenhilfe eine umsetzbare und finanzierbare Zielsetzung wird. Eine zu diesem Thema eingerichtete Arbeitsgruppe der Wohnungslosenhilfe wird 2012 Vorschläge dafür erarbeiten und Initiativen setzen.

Deinstitutionalisierung ist eine Kostenstelle!

Um eigenständiges Wohnen im gewöhnlichen Wohnumfeld insbesondere für Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder multiplen Problemlagen zu ermöglichen, bedarf es sektorenübergreifender Kooperationen. Dies betrifft das Sozial- und Gesundheitssystem sowie die einzelnen Segmente der Wohnungswirtschaft, aber auch die (soziale) Infrastruktur in der jeweiligen Wohnumgebung. Der Aufbau von Schnittstellen zwischen diesen Bereichen und damit die Sicherung eines effektiven Zugangs zu diversen Hilfen innerhalb der eigenen vier Wände wie

auch im Wohnumfeld ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Housing First.

Das Überwinden von Ressortgrenzen innerhalb der Verwaltung und eine erweiterte Finanzierungsverantwortung sind dafür notwendig. Deinstitutionalisierung als (Finanzierungs-)Auftrag richtet sich damit an die Fachbereiche des FSW, in übergreifender Hinsicht das Sozialund Wohnbauressort sowie die Wiener Gebietskrankenkasse; mit Blick auf die Ausrichtung kommunaler Strukturen auf ihre Zugänglichkeit für benachteiligte Zielgruppen kommen allerdings auch alle weiteren Ressorts in den Fokus.

Partizipation und Selbstbestimmung sind handlungsleitend!

In vielen Feldern der Sozialen Arbeit, so auch in der Wohnungslosenhilfe, war die Unterstützung von Menschen in Notsituationen historisch eng mit Kontrolle, Normierung und Disziplinierung verbunden. Die Verwaltung des Wohnraums durch die betreuende Einrichtung war und ist eine wesentliche Rahmenbedingung, um Wohlverhalten bestmöglich sicherzustellen. Die Trennung von Wohnungsverwaltung und Betreuung bei Housing First impliziert einen weitreichenden fachlichen Paradigmenwechsel und erfordert, dass Selbstbestimmung und Partizipation als handlungsleitende Orientierungen in der Betreuungsarbeit anerkannt und umgesetzt werden.

Wiewohl die Implementierung von Housing-First-Projekten – und damit eine erste Einschätzung zu Möglichkeiten und Grenzen von Housing First – noch bevorsteht, zeigen die angeregten Debatten im Vorfeld, dass vor dem Hintergrund von Housing First der Druck zur Legitimation gegenwärtiger Angebote, Förderstrukturen und Schnittstellen zunimmt. Beschränkende Bedingungen können thematisiert, Allianzen für neuartige Projekte für benachteiligte Zielgruppen geknüpft werden – diese Chance gilt es bestmöglich zu nutzen.

¹ Halbartschlager/Hammer/ Kufner/Reiter (2011): Housing First in Wien. Internationale Diskurse, fachliche Standards und Herausforderungen der Implementierung. Mit einem Vorwort von Volker Busch-Geertsema. Online verfügbar. Vor dem Hintergrund von Housing First nimmt der Druck zur Legitimation gegenwärtiger Angebote, Förderstrukturen und Schnittstellen zu.

HOUSING-FIRST-ELEMENTE

Nach Pionierprojekten in den USA hat Housing First in den letzten Jahren vermehrt auch in Europa Fuß gefasst. Wiewohl in der Fachwelt nicht grundsätzlich von einem von allen geteilten Verständnis zu Housing First ausgegangen werden kann, gelten folgende Elemente als grundlegend:

- Unmittelbarer Zugang obdach- bzw. wohnungsloser Menschen zu eigenem Wohnraum
- Eigenständige und dauerhafte Mietverhältnisse
- Trennung von Wohnungsverwaltung und Betreuung
- Freiwilligkeit der Betreuung



NO REVOLUTIONS, ALL EVOLUTIONS

Housing First: Neu-Erfindung des Rades oder Ausweg aus einer Sackgasse?

Der Film "Viridiana" der spanischen Regielegende Luis Buñuel (1961) wurde durch eine nachgestellte Szene des "Letzten Abendmahls" von Leonardo da Vinci weltberühmt. Doch während bei da Vinci die zwölf Apostel an der Tafel sitzen, sind es bei Buñuel zwölf Bettler, die, nachdem man sie einen Tag lang unbeaufsichtigt ließ, das ganze Kloster auf den Kopf stellen und sich der Völlerei hingeben. In dieser Szene offenbart sich aber weniger Buñuels Menschenbild, sondern der Regisseur zeigt hier einmal mehr die

kleinlichen Ängste des Bürgertums. Wer nichts hat, dem darf man nicht trauen, dem darf man vor allem nichts zutrauen.

In dieser Angst fokussieren sich womöglich auch einige Bedenken, die bislang gegen das Prinzip der Vorrangigkeit der Wohnversorgung bzw. "Housing First" vorgebracht wurden. In einem Forschungsbericht von Nicholas Pleace¹ wird "Housing First" sinngemäß so zusammengefasst: Housing First unterscheidet sich von hergebrachten Leistungen

dadurch, dass wohnungslose Menschen sofort mit einer gesicherten Wohnung versorgt werden. Die Wohnungsversorgung und die Unterstützungsleistungen sind voneinander getrennt.

Das heißt: Wohnungslose Menschen bekommen die Wohnung ohne Voraussetzung psychiatrischer Behandlung, ohne Abstinenzauflagen oder sonstige Betreuungsannahmen. Die Wohnung wird ohne die Erwartung einer "Behandlung" vergeben. Housing First geht in erster Linie von der "harm reduction" aus, also der Minimierung von Gefahren durch grundlegende Wohnungsversorgung.

Der Ansatz wurde von "Pathways to Housing"² in New York entwickelt und seither erfolgreich in mehreren Städten und auch europäischen Ländern durchgeführt. In Finnland etwa sieht die Verfassung vor, dass die öffentliche Hand das Recht auf Wohnen nach Kräften zu fördern hat. Wohnungslosigkeit ist in erster Linie zu verhindern und im Notfall so rasch wie möglich durch die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum zu beenden. Innerhalb dieses Ansatzes gibt es drei Kategorien:

Pathways Housing First

Bei der geleiteten Wohnvorrangigkeit sind die Zielgruppe chronisch wohnungslose Personen mit Zusatzproblematiken, wie etwa seelische Störungen, Drogenmissbrauch, Verhaltensauffälligkeiten, Kleinkriminalität, Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Personen erhalten unabhängige Wohnungen mit gesichertem Nutzungsrecht. Zusätzlich werden mobile, ambulante Betreuungsdienste für die jeweiligen Problemlagen der Betroffenen angeboten. Es besteht keine Verknüpfung des Wohnrechts mit der Beanspruchung dieser Zusatzdienste.

Communal Housing First

Gemeinnützige Wohnvorrangigkeit bietet chronisch wohnungslosen Personen Gemeindewohnungen mit gesichertem Nutzungsrecht in einem Gemeindebau oder einem städtischen Wohnungsbau an, in dem nur Personen mit ähnlicher Problemlage wohnen. Im selben Gebäude werden Begleitdienste stationär angeboten. Werden die Begleitangebote nicht freiwillig genutzt, verlieren die Betroffenen trotzdem nicht das Nutzungsrecht.

Housing First Light

Wohnvorrangigkeit in "leichter" Version stellt unabhängige Wohnungen vom Privatmarkt oder geförderten Wohnungsmarkt mit gesichertem Nutzungsrecht zur Verfügung. Begleitdienste werden je nach Bedarf vermittelt, deren Inanspruchnahme ist aber weder verbindlich noch kontrolliert. Zielgruppen sind Personen mit geringem Betreuungsbedarf, vorwiegend junge Menschen und Familien. Dieser Ansatz ist präventiv.

Der Erfolg all dieser Ansätze wurde durch Studien vorwiegend in den USA bestätigt. Im Vergleich zum Stufenmodell, das sich bei uns noch immer weitgehenden Vorzugs erfreut, zeigt der Housing-First-Ansatz eine bessere Wohnstabilität und in vielen Fällen auch positive Auswirkungen auf die Ursachen und/oder Auswirkungen von chronischer Wohnungslosigkeit.

Diskussionsstand hierzulande

In der Wiener Wohnungslosenhilfe werden diese Ansätze seit Jahren diskutiert. Es handelt sich dabei nicht um revolutionäre Ansichten. sondern um die logische Weiterentwicklung der Angebotsstruktur: weg von den großen, zentralen, stationären Einrichtungen hin zu kleinen, dezentralen und individuellen Lösungsangeboten, die anstatt entmündigender und hospitalisierender Behandlung wohnungsloser Menschen, deren Eigenständigkeit und Eigenverantwortung in den Vordergrund stellen und zugleich die Wohnungssicherung "für alle Fälle" gewährleisten.

Es geht nicht um ein ersatzloses Streichen seit Jahren etablierter (und durchaus erfolgreicher) Wohnungslosenhilfen im Sinne von sich ausschließender Konkurrenz, sondern um die sinnvolle Weiterentwicklung der existierenden Modelle durch einen individualisierten und auf Wohnrecht aufbauendem Lösungsansatz.

In diesem Zusammenhang ist es als eklatante Fehlleistung zu werten, dass die österreichische Regierung die revidierte EU-Sozialrechtscharta nur lückenhaft unterzeichnet hat, insbesondere da gerade die beiden aus der Sicht der Wohnungslosenhilfe wichtigsten Artikel 30 (Recht auf Sozialschutz) und Artikel 31 (Recht auf Wohnen) aus dem Verbindlichkeitskontext gestrichen wurden (siehe Artikel Seite 8).

Mehr Einsatz ist notwendig

Freilich verlangt Housing First größere Anstrengungen bei der Schaffung und Bereithaltung von angemessenem und leistbarem Wohnraum und ist somit eine Frage der Strukturen. Im Grundsatzprogramm der BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) etwa finden sich diesbezüglich klare Forderungen:

- Einklagbares Recht auf Wohnen
- Pflicht des Staates zum Bau und Erhalt von leistbarem Wohnraum
- Offener Zugang zu Wohnraum für Menschen in Wohnungsnot
- Delogierungsprävention
- Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Angebotsschienen
- Ablöse von Hilfestrukturen in eigenständige Wohnverhältnisse

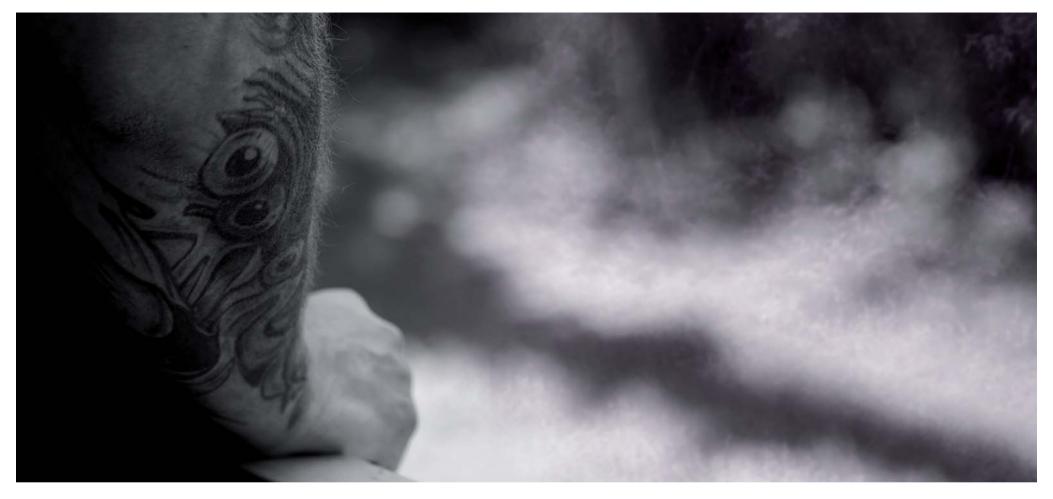
Gerade dafür sind die Mittel der Wohnbauförderung einzusetzen, deren Zweckbindung wieder einzuführen und deren Zielrichtung auf Armutsvermeidung und Standardsicherung auszurichten. Die Beschränkung der Wohnungslosenhilfe auf die Mittel aus dem Sozialtopf entspringt einem Scheuklappendenken, demzufolge Wohnungslosigkeit in erster Linie ein Problem der mangelnden "Compliance" ist.

Vielmehr geht es um die Beseitigung von Strukturmängeln und dem Aufbau eines leistbaren Wohnungsmarktes, der einerseits dem grundlegenden und unverzichtbaren Wohnrecht als Menschenrecht entspricht und andererseits Wohnungslosigkeit von vorneherein vermeidet bzw. im Notfall so schnell wie möglich wieder abbaut. Und es geht nicht zuletzt darum, wohnungslos gewordene Menschen nicht zu entmündigen, sondern ihnen etwas zuzutrauen. Eben die Fähigkeit, eigenständig zu wohnen.

Der Erfolg all dieser Ansätze wurde durch Studien vorwiegend in den USA bestätigt.

¹ erstellt im Auftrag des "European Observatory on Homelessness", zu finden auf http://www.bawo.at/file-admin/user_upload/public/Do kumente/Europa/FEANTSA/Be richte_Studien/Housing_First_N icholas_Pleace.pdf

² http://www.pathwaystohousing.org/



WIE RESISTENT IST ÖSTERREICH GEGENÜBER EU-INITIATIVEN?

Die EU fordert nationale Strategien zur Beendigung von Wohnungslosigkeit Die Zukunft im Kampf gegen Wohnungslosigkeit liegt, so lautet das zentrale Ergebnis einer Konsens-Konferenz in Brüssel, in der Entwicklung von abgestimmten und koordinierten Strategien zur Beendigung von Wohnungslosigkeit auf der Ebene der EU-Mitgliedsstaaten.

Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe stellen in der österreichischen Rechtsordnung keine eigenständigen Regelungs- und Handlungsbereiche dar, sondern fallen unter soziale Dienste, die in den Landesgesetzen zu Sozialhilfe und Bedarfsorientierter Mindestsicherung geregelt werden. Zumal der Bund auf eine Grundsatzregelung dieses Aufgabenfelds verzichtet hat, gibt es in

Österreich weder eine klare Definition von Wohnungslosigkeit noch einheitliche Szenarien zur Hilfestellung für Menschen in prekärer Wohnversorgung, Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit.

An wen darf sich die EU richten? Die jüngsten Initiativen und Maßnahmen des Europäischen Parlaments sowie der Belgischen Ratspräsidentschaft (6-12/2012) finden solcherart in Österreich denkbar ungünstige Voraussetzungen für eine allfällige Umsetzung vor, zumal sich die Bundesregierung formell für nicht zuständig erklärt und noch nicht einmal eine Abstimmung von Definitionen, Standards und Aufgabenstellungen vornimmt. An wen, so wäre hier zu fragen, richten sich also die Europäischen Initiativen für die Beendigung von Wohnungslosigkeit?

Hervorzuheben sind hier drei Initiativen, die sich dezidiert mit dem Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe beschäftigt haben. So wird in der "Written Declaration against Homelessness" (Initiative von EU-ParlamentarierInnen aller Fraktionen, mit großer Mehrheit im September 2011 angenommen) die EU-Kommission aufgefordert, supranationale Strategien zu entwikkeln, um den sozialen Skandal Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2015 zu beenden.

Bereits im Jahr 2010 hat die Europäische Kommission in ihren Bericht zu "social protection and social inclusion" auch Strategieempfehlungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit aufgenommen und die Mitgliedsländer verpflichtet, regelmäßig

über den aktuellen Stand der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu berichten.

Im Dezember 2010 wurde weiters von der belgischen Ratspräsidentschaft in Kooperation mit FEANTSA (Europäischer Dachverband der Wohnungslosenhilfeträger) eine Konsens-Konferenz zur Abklärung von Fragen und Strategien für die Europäische Ebene durchgeführt.

Wir haben nun einen Konsens aber was zählt der Europäische Konsens in Österreich? Im Kontext

... aber was zahlt der Europaische Konsens in Österreich? Im Kontext der Konsens-Konferenz wurden inhaltliche Grundlagen ausgearbeitet und diverse Dokumente publiziert.¹.

Im Einzelnen wird sich die österreichische Politik zur Bekämpfung und Beendigung von Wohnungslosigkeit in Hinkunft eine Reihe von Fragen stellen müssen, die für die Europäische Ebene als Konsens formuliert und vorgeschlagen wurden (siehe Kasten).

Nach Ansicht der Jury werden für die konsequente Bekämpfung von Wohnungslosigkeit nationale Strategien benötigt, welche so unterschiedliche Maßnahmenbereiche wie Zugang zu leistbaren Wohnungen und Prävention von Wohnungslosigkeit, Gewährleistung von sozialer Sicherheit und ausreichendem Einkommen, Versorgung mit sozialen Diensten und Wohnungslosenhilfe umfassen und integrieren.

Ankunft in Österreich auf unbestimmte Zeit verschoben

In Österreich sind diese Empfehlungen allerdings noch nicht einmal angekommen. Nach wie vor gibt es

keine Vorsorgen für ein österreichweites und systematisches Monitoring des Ausmaßes von Wohnungslosigkeit und der Zusammensetzung der Zielgruppe von Angeboten der Wohnungslosenhilfe. Eine qualitative wissenschaftliche Grundlagensowie Begleitforschung der Vorsorgen für die Prävention sowie Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ist ebenfalls nicht in Aussicht. Soziale Innovation, ein umfassender Diskurs zwischen den Bundesländern. um ein Voneinander-Lernen in Fragen der Bekämpfung und Beendigung von Wohnungslosigkeit zu ermöglichen, hat in der österreichischen Sozial- und Wohnpolitik nach wie vor keinen Stellenwert.

Wer wundert sich also, dass Österreich zwar im Jahr 2011 die revidierte Europäische Sozialcharta ratifiziert aber die für die Wohnungslosen relevanten Paragrafen (30 f.) abgelehnt hat. Recht auf Schutz vor Armut und Ausgrenzung sowie Recht auf Wohnen finden in Österreich keine Parlamentsmehrheit und haben in der österreichischen Rechtsordnung (Wie lange noch!?) keinen Platz.

Es gibt in Österreich weder eine klare Definition von Wohnungslosigkeit noch einheitliche Szenarien zur Hilfestellung für Menschen in prekärer Wohnversorgung, Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit.

FRAGEN AN DIE ÖSTERREICHISCHE POLITIK ...

- Wie steht es um eine einheitliche Definition von Wohnungslosigkeit? Die EU-Jury verweist diesbezüglich auf den Vorschlag für eine Europäische Typologie und Definition von Wohnungslosigkeit, der von der FEANTSA unter dem Titel ETHOS publiziert wurde².
- Sind die in den österreichischen Bundesländern realisierten Maßnahmen zur Prävention sowie zur Hilfe bei der Problembewältigung geeignet bzw. ausreichend, um eine Beendigung von Wohnungslosigkeit gewährleisten zu können?
- Werden in Österreich die sozialpolitischen Maßnahmen zur Sicherung von Einkommen und sozialen Diensten/Wohnungslosen-

- hilfe ausreichend und in geeigneter Weise durch wohnpolitische Maßnahmen und die Gewährleistung eines Zugangs zu leistbaren Wohnungen ergänzt?
- Inwieweit ist es in Österreich gewährleistet, dass die von Wohnungslosigkeit Betroffenen bei der Entwicklung von Angeboten und Maßnahmen der WLH mitwirken und mitgestalten können?
- Inwieweit wird Personen, die aufgrund ihres fremdenrechtlichen Status nur einen eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen genießen, ein adäquater Sozialschutz durch Zugang zu Notversorgungsangeboten gewährleistet?

¹ Die Unterlagen zur Vorbereitung sowie zu den Ergebnissen der Consensus-Conference finden sich auf der Homepage der FEANTSA unter http://www.feantsa.org/code/en/pg.asp?Page=1301

² http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/ definitionen.html



ZUR QUALITÄT DRÄNGT, AN DER QUALITÄT HÄNGT ...

Das Ziel professioneller Sozialarbeit war immer schon die Erbringung optimaler Leistung unter Berücksichtigung berufsethischer Werte – die Wiener Wohnungslosenhilfe im Spannungsfeld der Qualitätsdiskussion

Der Begriff "Qualität" wird oft ganz selbstverständlich mit der Erreichung hoher Standards gleichgesetzt. Dabei wird häufig übersehen, dass es in der gängigen Praxis von Qualitätssicherung nicht um eine "objektiv empfundene Qualität", sondern um die Einlösung vorab festgelegter Kriterien geht. Messbzw. vergleichbare Qualitätsmerkmale ergeben sich aus der Übereinstimmung zwischen den Erwartungen bzgl. einer zu erbringenden Leistung und der tatsächlich erbrachten - hier vor allem nachweisbaren - Leistung. Instrumente der Qualitätssicherung sind hilfreich, um konkrete Ziele zu benennen, Ergebnisse zu überprüfen und zu belegen. Sie machen Verantwortlichkeiten, Möglichkeiten aber auch Grenzen professionellen Handelns sichtbar. Doch ihren Möglichkeiten sind Grenzen gesetzt!

Zwischen Ökonomie und Wirksamkeit

Die vorherrschende Oualitätsdiskussion im Wohnungslosenbereich ist durchaus unter dem Aspekt einer Weiterentwicklung bestehender Standards zu sehen. Jedoch sollte bei aller Euphorie über die sich womöglich bietenden Perspektiven die immer dringlichere Debatte um Einsparungspotentiale nicht übersehen werden. Nicht zuletzt ist die Qualitätsdiskussion ebenso ein Ergebnis des zunehmenden Einflusses der schlechten Wirtschaftslage auf die Politik. Die viel beschworene "hohe Qualität" ist letztlich ein Aushandlungsergebnis zwischen staatlichen Strukturen, wirtschaftlichen Interessen, gesetzlichen Vorgaben und den an der Umsetzung von Unterstützungsmaßnahmen für wohnungslose Personen beteiligten Kostenträgern.

Erschwert wird der Aushandlungsprozess festzulegender Qualitätskriterien dadurch, dass die Kostenträger und Dienstleister - trotz ihrer Abhängigkeit von strukturellen Vorgaben - für sich in Anspruch nehmen, ausschließlich die Interessen der Betroffenen zu vertreten. Oder so formuliert: Nicht selten geht es der Einführung von Qualitätsentwicklungssystemen um das ebenso politische wie ökonomische Interesse an einem möglichst niedrigen Sozialbudget - und eben nicht um den Wunsch nach qualitativ hochwertiger sozialer Arbeit.

"Markt frei" für die Wohnungslosenhilfe?

Ein wesentliches Mittel zur Kostensenkung ist dabei die Einführung des Marktes im sozialen Bereich. Konkurrenz und Wettbewerb sind hierbei die Schlüsselwörter. Der Wettbewerb dient als Steuerungsinstrument zur Kostensenkung, ein

Wettbewerb, um neue KlientInnen als KundInnen zu gewinnen, ist hingegen weniger erwünscht. Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe stellen sich selbstverständlich nicht gegen kostenbewusstes Denken. Das Erbringen optimaler Sozialarbeit und damit das Erreichen eines größtmöglichen Nutzens für die Gesellschaft wird trotzdem immer ein Kostenfaktor bleiben.

Hinzu kommt: Die Erwartungen von Politik und FördergeberInnen sind zumeist umfassend. Komplexe Lebenssituationen und mannigfaltige Problematiken, die zu Obdachund Wohnungslosigkeit geführt haben, sollen möglichst effizient erfasst und im Anschluss möglichst umgehend beseitigt werden.

Verschüttete Fähigkeiten wohnungsloser Personen sollen aufgespürt, aufpoliert, Selbsthilfepotentiale aktiviert und das "menschliche System" möglichst rasch wieder in Stand gesetzt werden! Patentlösungen sollen gefunden und für bzw. mit den wohnungslosen Menschen dauerhafte Resultate – insbesondere in Bezug auf eine lang anhaltende Wohnverfestigung – erzielt werden.

Die Herausforderung lautet somit a) fachlich-professionelle Betreuungsarbeit, b) die Bedürfnisse wohnungsloser Menschen und die Ansprüche des Kostenträgers nicht aus den Augen zu verlieren, und sie c) in ein für alle Beteiligten befriedigendes Gleichgewicht zu bringen. Angesichts all dieser Anforderungen stellt sich die Frage, ob dies alles tatsächlich immer möglichst "preiswert" erreicht werden kann.

Durch Partizipation zur Rahmenrichtlinie

Wirkung und Erfolg professionellen sozialarbeiterischen Handelns entstehen über gemeinsam von Betroffenen und fachlichen ExpertInnen erarbeitete Ergebnisse. Schon vor der rezenten Qualitätsdiskussion war es erklärtes Ziel in der Wiener Wohnungslosenhilfe, optimale Resultate unter Berücksichtigung der Berufsethik, fachlicher Ansprüche und den Bedürfnissen von KlientInnen, Kostenträgern und Politik zu erbringen.

Um die Wirksamkeit professioneller Sozialarbeit für NutzerInnen und Gesellschaft nachzuweisen ist es grundsätzlich sinnvoll, zu erbringende und erbrachte Leistungen, sowie die dafür notwendigen Arbeitsmethoden und Vorgehensweisen, transparent zu machen. Dazu bedarf es der Formulierung von Standards, die für gute Arbeit ohnehin unabdingbar sind. So kann die Qualitätsdiskussion auch als Chance genutzt werden, um Mindeststandards gegenüber ökonomischen Einsparungsmaßnahmen festzuschreiben.

Im Frühjahr 2011 entwickelte der Fonds Soziales Wien (FSW) gemeinsam mit MitarbeiterInnen der in der Wiener Wohnungslosenhilfe tätigen Organisationen eine Rahmenrichtlinie zur Qualitätssicherung. Im Feld tätige SozialarbeiterInnen konnten aktiv mitgestalten, Fachexpertisen wurden eingebracht, Diskussionen waren möglich und erwünscht. Anhand von FSW-Qualitätsaudits, die in allen vom FSW anerkannten Einrichtungen einmal pro Anerkennungsperiode

stattfinden werden, soll in Zukunft die Qualität der in den unterschiedlichen Einrichtungen geleisteten Arbeit erhoben, Verbesserungsprozesse angeregt und über Entwicklungspotentiale gesprochen werden.

Ein in beide Richtungen offener Prozess

Partizipation – im Sinne von Machtverteilung – ist in den letzten Jahren auch im Wohnungslosenbereich auf Europäischer Ebene stark thematisiert worden. Auf eine entsprechende Unterlage (FEANTSA, Participation Toolkit, Redistributing the Power, Oktober 2007) wurde im Rahmen der bisherigen Audits explizit hingewiesen. Dahinter steht der Ansatz, dass die Betroffenen am besten wissen, was sie tatsächlich von Einrichtungen brauchen.

Partizipation erfordert aber auch Veränderung von Haltungen von allen Beteiligten und muss immer in den entsprechenden institutionellen Kontext transformiert werden.

Daraus entstehen ständige Herausforderungen zur Überprüfung und Anpassung, wie z. B. in der Arbeit mit psychisch beeinträchtigten Personen.

Letztendlich muss auch die durch die wiedergewonnene Möglichkeit zur Mitgestaltung erst wieder erlernt und den damit verbundenen Rechten auch die daraus entstehende Pflicht zur Wahrung der Rechte der KlientInnen gegenüber gestellt werden. Auch der Forderung nach mehr Partizipationsmöglichkeit und einem effektiven Beschwerdemanagement wird in den FSW-Audits breiter Raum gegeben.

Letztendlich muss auch die durch die FSW-Audits wiedergewonnene Möglichkeit zur Mitgestaltung erst wieder erlernt werden.

INSIDE THE FSW-AUDITS

Im Rahmen der FSW-Audits wurde und wird versucht, anhand von 15 Standards und 81 daraus abgeleiteten Fragen die Qualität der jeweiligen Einrichtung zu erheben. Der bereits im Voraus zur Verfügung gestellte Fragenkatalog ermöglicht der auditierten Einrichtung, das Niveau der eigenen Arbeit im Vorfeld umfassend zu reflektieren und bereits in dieser Phase Verbesserungsmaßnahmen zu initiieren. Kritisch anzumerken sind dazu jedoch der verfrühte Start der Audits, die Einbeziehung des Qualitätsstandards "Zielerreichung" trotz fehlender Vereinbarung mit den GeschäftsführerInnen der Einrichtungen und der Gebrauch gering skalierter Messinstrumente, durch die die Aussagekraft eingeschränkt war.

Seitens der FSW-MitarbeiterInnen wurden fachliche Anregungen und

Ideen für eine bessere Umsetzung einzelner Qualitätskriterien eingebracht, in einigen Fällen wurde auch eine Konzeptüberarbeitung empfohlen. Dass in diesem Zusammenhang auch Befürchtungen geäußert wurden, dass geringere finanzielle Ressourcen zu schlechteren Bewertungen und einer möglichen Gefährdung der Förderverträge führen könnten, ist durchaus verständlich.

Grundsätzlich wurde die Gesprächsatmosphäre zwischen Auditierten und Auditierenden als angenehm, aber – aufgrund der Dauer und Intensität – auch als anstrengend bezeichnet. Trotz einer sehr wertschätzenden Diskussion auf gleicher Ebene darf nicht vergessen werden, dass das Audit eine Überprüfung durch den Fördergeber (eben dem FSW) ist.



DER KLINGEL-BEUTEL UND DIE STAATSKASSE

Zwei Stimmen zu den "Problemfeldern" Spendenfinanzierung und Fördergeberschaft.

CONTRA

Führt Spendenwerbung zu einer Stigmatisierung von Personengruppen? Werden Vorurteile dadurch gefestigt? Wäre es nicht Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass Hilfsorganisationen nicht auf Spenden angewiesen sind?

"Mildtätigkeit" in Form von finanziellen Beiträgen zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung ist weitläufig anerkannt. Die Frage nach negativen Aspekten bleibt meistens unausgesprochen.

Spendentätigkeiten von Firmen oder Privatpersonen erfüllen unterschiedliche Zwecke. SpenderInnen ernten Anerkennung und das Gefühl, einen Teil ihres Kuchens gegeben zu haben, Vereine können Spendenwerbung als Publicity für ihre Sache verwenden. Das Thema Wohnungslosigkeit erreicht über Werbekampagnen die breite Masse und kann so mehr Verständnis für unterschiedliche KlientInnengruppen schaffen.

Die Stigmatisierung von Personengruppen, die Verfestigung von Vorurteilen, die Ausgliederung wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung und prekäre Finanzierungssituationen für Projekte – all das sind Schlagwörter, die im Zusammenhang mit der negativen Seite der Spendenwerbung auftauchen.

Am Beispiel der Wohnungslosenhilfe Wien

Die österreichische Regierung hat für sich beschlossen, sozial schlechter gestellten Personen Unterstützung, Versorgung und ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Die Stadt Wien hatte immer einen eigenen Weg, mit der Problematik der Wohnungslosigkeit umzugehen. Neben dem Bau der Gemeinde-

bauten wurde klar, dass es Hilfsprojekte braucht um die Menschen zu versorgen. Auch einige private und kirchliche Organisationen sahen diesen Bedarf. Aus wirtschaftlichen Gründen betraut die Stadt Wien immer mehr Vereine damit, auf das Problem der Wohnungslosigkeit zu reagieren und übernimmt im Gegenzug die Finanzierung diverser Angebote.

Der Fonds Soziales Wien (FSW) wurde im Jahr 2000 gegründet und erbringt Aufgaben und Leistungen für die Gemeinde Wien. Die finanzielle Kontrolle unterliegt aber weiterhin der Stadt Wien. Der heutige Stand zeigt, dass fast alle Vereine in der Wr. Wohnungslosenhilfe bis zu 100% durch den FSW finanziert werden. In einfachen Worten: durch die Stadt Wien.

Wie funktioniert diese Förderung tatsächlich?

Grundsätzlich ist ein Förderantrag beim FSW einzureichen und dieser entscheidet ob Geld fließt oder nicht. Klingt sehr einfach, ist es aber nicht. Bei einigen Projekten gibt es ein fixes Budget, egal wie viele Menschen betreut oder beraten werden. Andere Projekte werden über das Objekt gefördert. Dies bedeutet, egal wie viele Personen in dem Haus leben, das Budget bleibt gleich. Schließlich gibt es auch Projekte die nach der Anzahl der FördernehmerInnen gefördert werden. Bei jeder Person wird einerseits geprüft, ob diese auch "förderwürdig" ist oder nicht und andererseits erhält das Projekt für die Betreuung der geförderten Person einen Tagsatz vom FSW.

Dieser Tagsatz ist nicht für jeden Verein gleich, sondern vielmehr "Verhandlungssache". Man muss kein/e BetriebswirtschaftlerIn sein um zu verstehen: Je weniger Geld zur Verfügung steht, umso weniger kann die Professionalität oder gar die Sozialarbeit selbst gewährleistet werden.

Folglich stehen die Vereine der Wr. Wohnungslosenhilfe oftmals in der Zwickmühle. Einerseits wollen sie gute Arbeit leisten, andererseits sind die finanziellen Mittel knapp, wenn nicht zusätzliche Mittel durch Akquisition von Spenden herbeigeschafft werden. Dies erweckt den Eindruck, dass private oder kirchliche Vereine nur drei Möglichkeiten haben:

- Es müssen ständig neue Wege gefunden werden, um Spenden zu gewinnen, selbst um den Preis einer Vereinfachung bzw. Reduktion der Betroffenen auf ihre "Hilfsbedürftigkeit".
- Die geleistete Arbeit wird billig angeboten, vermutlich auf Kosten der Betroffenen und Angestellten. Man lässt sich so als neoliberales Werkzeug benutzen.
- Solidarisierung, um den Staat (bzw. bzgl. der Wr. Wohnungslosenhilfe die Stadt Wien) an die Verantwortung eines Wohlfahrtsstaates zu erinnern.

Dass der Staat Vereine mit der Unterstützung der Betroffenen beauftragt, ist durchaus legitim und wichtig, um eine bunte Auswahl an Angeboten zu bieten. Aber für eine ausreichende Finanzierung sollte gesorgt sein.

PRO

Bedeutet Spendenwerbung nicht auch eine Mitgestaltung des öffentlichen Diskurses? Und sind SpenderInnen nicht in mehrfacher Hinsicht die "besten" Freunde von Hilfsorganisationen?

Als mündige Konsumenten wissen wir, dass Werbung – und eben auch Spendenwerbung – übertreibt und vereinfacht. Aber die moralische Verdammung der Werbung vereinfacht oft ebenso. Eine viel zu oft erzählte Anekdote aus einer Obdachloseneinrichtung berichtet von einer Spenderin, die von einem Foto eines Obdachlosen mit seinem Hund so berührt war, dass sie unbedingt spenden wollte – und zwar für den Hund

Es ist selbstverständlich legitim, dass Menschen selbst bestimmen, was "ihr Herz berührt" bzw. eben wofür sie spenden. Die Erfahrung in der Praxis zeigt, dass nicht nur SpenderInnen, sondern alle Menschen, die mit der "Materie Obdachlosigkeit" wenig Berührungspunkte haben, ein vorgefertigtes, mitunter stereotypes Bild ("selbst schuld" etc.) in sich tragen. Doch gerade die Bereitschaft zu spenden ist Ausdruck dessen, dass SpenderInnen einen positiven Zugang zum Thema haben, dass sie dafür aufgeschlossen sind, die nicht immer widerspruchsfreie Realität von Obdachlosigkeit differenziert zu

erfahren. Hier passt auch die Erfahrung, dass immer mehr Menschen nicht bloß spenden, sondern aktiv mithelfen wollen.

Freiwillig engagierte Menschen holen sich ihr differenziertes Bild von Obdachlosigkeit, von den Sachzwängen in der alltäglichen Betreuungsarbeit oder den gesellschaftspolitischen Hintergründen "vor Ort", also direkt in den Einrichtungen ab. Wer "nur" spenden will, wird hingegen von der Spendenwerbung angesprochen. Es stimmt natürlich, dass die Möglichkeiten, das Thema differenziert zu präsentieren, auf Plakatwänden eingeschränkt sind. Aber Spendenkampagnen umfassen viel mehr als das - und haben ein enormes Gestaltungspotential. Es gibt Broschüren, Tagungen, Infoveranstaltungen, Pressegespräche. Sogar Kaffeekränzchen, bei denen Hintergründe und Problemfelder erläutert werden können.

Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die SpendenbetreuerInnen mit den Betreuungseinrichtungen im Austausch stehen, um den SpenderInnen und Medien ein möglichst differenziertes Bild der Arbeit zu vermitteln. Gelingt dieser Schulterschluss zwischen Sozialbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und SpenderInnen, so sind die daraus resultierenden Vorteile enorm. Denn SpenderInnen stehen auf der Seite der Hilfsorganisationen. Sie diktieren keine Qualitätsstandards, sie erstellen keine Kriterienlisten, sondern schenken Vertrauen und lassen die Einrichtungen einfach arbeiten. Sie benötigen dafür allerdings auch ein wenig Aufmerksamkeit hin und wieder.

Berichtslegung so oder so

Spendenwerbung und -berichterstattung sind darum auch notwendig, um den Einsatz der Spendengelder zu dokumentieren. Wem Geld gespendet wird, der muss der Öffentlichkeit erklären, was damit geschehen ist. Allerdings: Wer Geld aus öffentlicher Hand erhält, der muss sich umso minutiöser dafür rechtfertigen. Diese Rechtfertigung gegenüber den FördergeberInnen mag leichter fallen, da sie von "Experte" zu "Experte" stattfindet. Ganz sicher werden in den Konzepten und Tätigkeitsberichten KlientInnengruppen und ihre Lebenslagen in fachlich korrekter Weise bezeichnet. Doch womöglich trägt gerade diese Definitionsarbeit zu einer bestimmten Stigmatisierung bei - zumindest dort, wo eine KlientInnendefinition darüber entscheidet, welche Menschen anspruchsberechtigt sind - und welche nicht. Da über dieser fachlichen Berichtslegung ständig das Damoklesschwert des Einsparens und der Effizienz steht, ist der Wunsch nach einem großzügigeren Bekenntnis zur wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung durchaus verständlich.

Gerade hier ließe sich ein letztes Mal ein eminenter Vorteil der Spendenwerbung herausstreichen. Je mehr sich Spendenberichterstattung an die Öffentlichkeit wendet, je mehr sie den öffentlichen Diskurs über Armut, Obdachlosigkeit, Diskriminierung positiv beeinflusst, umso mehr beeinflusst sie auch die Einstellung und Meinungen der StaatsbürgerInnen – und von diesen wiederum werden jene Regierungen gewählt, deren politischer Wille sich nicht zuletzt durch die Politik der Fördervergabe ausdrückt.



"TRANKLER" AUF HALBEM WEG

Wohnungslose Menschen stehen bei Suchterkrankungen zunehmend im Regen.

Herr W., wohnungslos und alkoholkrank, hat es nach mehreren Anläufen bis zum Portier des Otto-Wagner-Spitals geschafft. Dieser schickt ihn zur "Kontaktstelle" für Alkoholkranke am Pavillon 26. "Na ja, aufnehmen können wir Sie nicht", hört er dort, "da müssten Sie schon einen Entzug machen." – "Ja, aber deshalb bin ich ja da." – "Wir machen nur die Therapie nach dem Entzug. Entzüge machen die Regionalabteilungen."

Herr W. muss ins Sozialmedizinische Zentrum Ost, ans andere Ende von Wien. Wohnungslose werden in Ermangelung einer Meldeadresse nach Buchstaben zugeteilt. Auch dort kann man ihn nicht aufnehmen. "Probieren Sie es doch beim Anton Proksch Institut – die haben eine Ambulanz auf der Wiedner Hauptstraße."

Dort erfährt er, dass auch dort keine ambulanten Entzüge durchgeführt werden, er könne sich aber für einen Therapieplatz in Kalksburg anmelden, Wartezeit: zwei Monate bei Männern, Frauen warten wesentlich länger.

Im Notquartier, in dem Herr W. seit einiger Zeit übernachtet, hat er einen epileptischen Anfall. Einen Tag später bringt ihn die Rettung nach einem weiteren Epi ins Wilhelminenspital. Ein beherzter Arzt meint: "Haben Sie sich schon überlegt, einen Entzug zu machen?"

Wohnungslose Alkoholkranke haben eine schlechte Prognose, um genau zu sein: die schlechteste1. Unbehandelt sterben sie meist vor dem 60. Lebensjahr, die Lebenserwartung ist um über ein Jahrzehnt radikal verkürzt. Die letzten Lebensjahre verbringen "nasse", also aktive Alkoholkranke, mit dem Sterben, zumal sich die Folgeerkrankungen der Sucht akkumulieren: metabolisches Syndrom (ein Entgleisen des Stoffwechsels), Magen-, Darm-, Herz- und Lebererkrankungen. Wenn der/die Betroffene noch Raucher/in ist, was in 90 % der Fälle

zutrifft, kommt im Regelfall auch noch eine chronische Einschränkung der Lungenfunktion hinzu. Von komplizierenden psychischen Erkrankungen und sich im Alter verschlechternden Epilepsien mal abgesehen. Krankenhausaufenthalte häufen sich. Eine große Zahl dieser Betroffenen lebt in Wien in den Sozial Betreuten Wohnheimen und in den letzten Phasen in Pflegeheimen. (Sozialtherapeutische) Spezialeinrichtungen für diese Gruppe wie in anderen Ländern - abgesehen von den kleinen Projekten gibt es in Wien nicht, diese allerdings mit positiven Ergebnissen, die weit über dem Durchschnitt liegen.

Schlechte Verläufe vermehrt bei Wohnungslosen

Auch wenn diese Gruppe mit den schwersten Suchtverläufen (die Entwicklung der Abhängigkeit setzt meist schon in der frühen Jugend ein) und massivsten Folgeerkrankungen immer wieder in Spitälern und auch in sogenannten "Entwöhnungstherapien" landet, rechnet man in Fachkreisen nur bei einer sehr kleinen Gruppe mit Stabilisierungen, beim Gros der Fälle aber mit einem chronischen, d. h. sich verschlechternden Verlauf.

Diese "realistische" Sichtweise ist trotz differenzierter Ansätze in der Suchtmedizin seit Jahrzehnten gleichgeblieben. Insofern "reißt" sich niemand um diese Gruppe. Nur das Image von Drogenkranken und Junkies ist laut einer Erhebung von Schomerus (2010²) schlechter als das von Alkoholkranken. Für wohnungslose Alkoholkranke gilt dies leider auch in Facheinrichtungen.

Eine Untersuchung von Barbara König³ belegte den Trend, dass in der größten Suchtklinik Österreichs vor allem jene Untergruppen mit den besseren Prognosen (Typ I- und Typ II-PatientInnen nach Lesch) aufgenommen werden, während im Vergleich dazu die Untergruppen mit den schweren Verläufen (Typ III und Typ IV-PatientInnen) dort unterrepräsentiert sind. Es dürfte kein Zufall sein, dass jene Alkoholkranke, die in Wohnungsloseneinrichtungen leben, wie eine Erhebung von Wetschka (20104) belegt, ebenfalls überwiegend zu den Untergruppen mit den schlechten Verläufen gehören. Offensichtlich kümmern sich die Wohnungsloseneinrichtungen verstärkt um die Alkoholkranken mit den schlechten Verläufen. Das war in der Geschichte natürlich immer so, möchte man kommentieren.

Berücksichtigt man aber das wachsende Wissen, dass hinter den schweren Suchtverläufen meist psychische Erkrankungen stehen, die von den Betroffenen mit Alkohol quasi "behandelt" werden, stellt sich auch die Frage, ob die Unterbringung in meist größeren Heimen optimal ist. Für die kleine Gruppe jener Wohnungslosen Suchtkranken, die von einem abstinenten Leben träumen (Träume, die in jeder Entwöhnungstherapie gemeinsam mit den Therapeuten aufgebaut werden), kann man mit Sicherheit sagen, dass ein Trockenbleiben in einem trinkfreudigen Umfeld fast ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Drohender Verlust von Kooperationsnetzwerken

Vor diesem Hintergrund geben die Entwicklungen des vergangenen Jahres in der Behandlung und Betreuung von alkoholkranken Wohnungslosen Anlass zur Sorge. Der Aufschrei der betroffenen kooperierenden Einrichtungen, als die Schließung bzw. "Umstrukturierung" der Alkoholtherapiestation im Otto Wagner Spital bekannt wurde, verhallte sehr schnell. Dabei handelt es sich um die einzige Einrichtung in Wien, die seit über zwei Jahrzehnten ein Kooperationsnetzwerk mit den Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe aufgebaut hat und deren Team über jenes sozialarbeiterische und therapeutische Knowhow verfügt, das es für diese spezifische Gruppe braucht.

Gleichzeitig verlängerten sich die Wartezeiten im Anton Proksch Institut Kalksburg eklatant (bei Frauen bis zu 6 Monaten) und das Angebot von ambulanten Entzügen wurde weitgehend abgeschafft. "Das gesamte System liegt im Argen", so ein Wiener Primararzt. Die Befürchtung, dass die Wohnungslosenhilfe zukünftig in einem noch höheren Ausmaß bei den psychisch Kranken (die teilweise eben auch alkoholkrank sind) "einspringen" wird müssen, steht im Raum.

Es droht der für das System höchst belastende Zustand, den J. T. Hart in den 1970er-Jahren als "Inverse Care Law" beschrieben hat: "Denjenigen, die am schwersten betroffen sind, stehen die geringsten Mittel und damit die am wenigsten qualifizierte Hilfe zur Verfügung." Unbehandelt sterben wohnungslose Menschen meist vor dem 60. Lebensjahr, die Lebenserwartung ist um über ein Jahrzehnt radikal verkürzt.

¹ Lesch O. M., Walter H., Wetschka C. (2009): Alkohol und Tabak. Medizinische und soziologische Aspekte von Gebrauch, Missbrauch und Abhängigkeit. Springer. Lesch, O. M., Lesch E., Dietzel M., Mader R., Musalek M., ² Schomerus G., Lucht M., Holzinger A., Matschinger H., Carta M. G., Angermeyer M.C. (2011): The stigma of alcohol dependence compares with other mental disorders: a review of population studies. Alcohol Alcohol. 2011 Mar-Apr; 46(2): 105-12. Epub 2010 Dec 18.

³ König, B., Gutierrez K., Platz W. E., (1999): Alkohol im Maßnahmenvollzug - Entwicklung und Diagnose. Wiener Zeitschrift für Suchtforschung Jg. 22, Nr. 4, S. 47 - 54.

⁴ Lesch O. M., Walter H., Wetschka C., Hesselbrock M., Hesselbrock V. (2010): Alcohol and Tobacco. Medical and Sociological Aspects of Use, Abuse and Addiction. Springer Wien/New York ⁵ Lesch O. M., Wetschka C. (2011): Suchthilfe – Wo stehen wir und wo müssen wir hin? Gemeindenahe Psychiatrie. Zeitschrift für die Praxis der Psychiatrie und Psychotherapie 3/2011 (32. Jg Nr. 111) S. 12 -130.

WAS ES BRAUCHT ...

um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, liegt auf der Hand⁶:

- niedrigschwellige Zugänge zu den Hilfeeinrichtungen (z. B. Ambulanzen),
- einen hohen Vernetzungsgrad zwischen Sozialarbeit und Psychiatrie,
- gute Nachbetreuungsangebote, vor allem Beschäftigungsmöglichkeiten und Tagesstätten
- eine medizinisch-soziotherapeutische Behandlung, die von einer differenzierten Analyse der suchtbedingenden Faktoren ausgeht (d. h. auch spezielle Angebote für schwere chronische Verläufe, die bei Wohnungslosen gehäuft auftreten).



OBDACHLOSIGKEIT KENNT KEINE GRENZEN

Nicht anspruchsberechtigte KlientInnen mit multiplen Problemlagen – obdachlose EU-BürgerInnen. Im Zuge der studentischen
Besetzung des Audimax im Jahr
2009 wurde das Problem der
Obdachlosigkeit von Menschen
aus EU-Ländern medial aufgegriffen. Obdachlose EU-BürgerInnen (vor allem Männer)
suchten damals im beheizten
Vorlesungssaal der Universität
Wien Schutz vor Kälte. Damit
wurde eine bislang marginalisierte Gruppe von Obdachlosen,
die keine Ansprüche auf
existenzsichernde Sozialleistungen mitbringt und auch die

Kriterien der Wiener Wohnungslosenhilfe nicht erfüllt, erstmals öffentlich sichtbar.

Obdachlosigkeit stellt gewissermaßen die Spitze des Eisbergs existenzieller Bedrohung dar und wirft die Frage nach den Ursachen sozialer Exklusion und Armut auf. Obdachlose EU-AusländerInnen führen zudem in besonders tragischer Weise die wachsende Differenz zwischen realweltlichen und übernationalen Prozessen und Regelungen einerseits und nationalen bzw. regionalen Sicherungssystemen andererseits vor Augen: etwa die Einführung übernationaler rechtlicher Regelungen (Stichwort: freier Personenverkehr), denen die gegebenen regionalen Wohlfahrtssysteme (die sich auf als legitim erachtete Zugehörigkeiten beschränken) nicht mehr gerecht werden können. Diese Kluft gilt es auszuloten – ohne dabei individuelle Lebens- und Verwirklichungschancen aus dem Blick zu verlieren.

Eine zweite "Gruft"

Seit der Audimax-Besetzung hat sich die Angebotslandschaft verändert: Die Caritas eröffnete noch im Winter 2009/10 mit Förderung durch den Fonds Soziales Wien das erste Notquartier für obdachlose EU-BürgerInnen. Im November 2010 startete die Vinzenzgemeinschaft mit dem VinziPort eine Notschlafstelle (im VinziRast-CortiHaus konnten EU-AusländerInnen schon seit längerem nächtigen). Im Dezember 2010 eröffnete die Caritas die Notschlafstelle "Zweite Gruft", gekoppelt mit einer Beratungsstelle für die Sozial- und Rückkehrberatung für EU-BürgerInnen (vom FSW teilfinanziert). Da bisher kein offiziell vergleichbares Angebot in Wien existierte, wurde hier Neuland betreten - welches von den Zielgruppen auch entsprechend gestürmt wurde. 719 Männer und 88 Frauen nutzten 2011 die Nächtigungsmöglichkeit in der "Zweiten Gruft", 1.218 Beratungen für insgesamt 671 Personen wurden durchgeführt.

Etwa die Hälfte aller betreuten KlientInnen waren rumänische und bulgarische StaatsbürgerInnen. Da für rumänische und bulgarische StaatsbürgerInnen bis 31.12.2013 die "Übergangsregelungen" gelten, unterliegen diese Personen weiterhin den Einschränkungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sie haben keinen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Auffallend war, dass die meisten KlientInnen aus Rumänien und Bulgarien erst 2011 nach Österreich gekommen sind, obwohl ein Teil auf frühere Migrationserfahrungen zurückgreifen konnte - oftmals auch in Österreich, wo sie auch legal beschäftigt und aufhältig waren.

Heterogene Ausgangslagen

Die Hoffnung auf Arbeit, die bei dieser Gruppe als häufigstes Migrationsmotiv genannt wurde, erfüllte sich jedoch nicht. Gerade angesichts arbeitsmarktbezogener Beschränkungen dominierten bulgarische und rumänische StaatsbürgerInnen in der Gruppe jener KlientInnen, die bei der Rückkehr in die Herkunftsländer unterstützt wurden (insgesamt 77 %).

Trotzdem würde es zu kurz greifen, Obdachlosigkeit von EU-BürgerInnen einzig mit dem Faktor Erwerbsmöglichkeit in Verbindung zu bringen. Vielmehr zeigte sich, dass die KlientInnen aus EU-Ländern eine heterogene Zielgruppe darstellen und meist multiple Problemlagen aufweisen, die sich nur modellhaft zu einer "Typologie" verdichten lassen: So kamen im zweiten Halbjahr 2011 vermehrt Personen aus Ungarn und der Slowakei in die Notschlafstelle, die

zwar Arbeit gefunden hatten (oder erwerbstätig waren), aber aufgrund ihres geringen Einkommens und des Fehlens von leistbarem Wohnraum (bzw. der enormen Zugangshürden zum Wohnungsmarkt in Form von Provisionen, Kautionen) dennoch obdachlos waren. Und nicht zuletzt litten viele KlientInnen unter massiven gesundheitlichen Beeinträchtigungen (psychische Probleme, Suchtproblematiken, körperliche Verwahrlosung), die einen Eintritt in geregeltes Erwerbsleben erschweren oder aktuell unmöglich machen.

Vor dem Hintergrund dieser heterogenen Ausgangslage müssen die über eine Notversorgung hinausgehenden Hilfsangebote entsprechend individualisiert ausfallen: so sehr basale Unterbringung für alle Zielgruppenangehörigen unabdingbar war, so unterschiedlich erwiesen sich die realistischen Perspektiven, die zwischen Reintegration am österreichischen Arbeitsmarkt und der grenzüberschreitenden Erarbeitung von Rückkehroptionen (materielle Versorgung und soziale Einbindung im Herkunftsland) lagen (siehe Kasten).

Grenzüberschreitung ist notwendig

Grenzüberschreitung bedarf es jedoch auch in Hinblick auf die anfangs erwähnte Differenz zwischen transnationalem freien Personenverkehr und regionalen Unterstützungssystemen. Nicht nur sind strategische und finanzielle Bemühungen auf EU-Ebene (etwa im Rahmen einer intensivierten Erarbeitung und Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit) gefordert.

Solange die Kluft zwischen transnationalen Realitäten und regionalen Sicherheitssystemen nicht überwunden ist, bedarf es vor allem der nachhaltigen Etablierung von Hilfsund Kooperationsstrukturen auf regionaler Ebene, wie sie im letzten Jahr in Form des kooperativen Vorgehens mit der Gemeinde Wien auch umgesetzt wurden. Angesichts der heterogenen Ausgangslagen der Zielgruppe ist es gerade die Kopplung von Notversorgung und Beratung, die es nun auf feste Beine zu stellen gilt. Denn erst auf der Grundlage von basaler Versorgung erweist sich die Entwicklung von nachhaltigen Perspektiven abseits der Obdachlosigkeit letztendlich als realistisch.

Da eine Sozialund Rückkehrberatung für EU-BürgerInnen bislang kaum existierte, wurde hier Neuland betreten – welches von den Zielgruppen entsprechend gestürmt wurde.

NIEDERSCHWELLIG UND GRENZÜBERSCHREITEND

Die Erfahrungen in der "Zweiten Gruft" bestätigen zwei wichtige Faktoren bei der Betreuung obdachloser EU-BürgerInnen:

■ Die Kopplung von niederschwelliger Notversorgung (basaler Versorgung/Schutz vor Kälte und Hunger) an die Sozial- und Rückkehrberatung ist unabdingbar, da die Entwicklung von nachhaltigen Perspektiven für ein Leben in Würde nur abseits von Obdachlosigkeit realistisch ist. Nicht zuletzt kann ein Teil der Zielgruppe (insbes. jener mit gravierenden gesundheitlichen Problemen) erst über diesen Weg für Beratungsangebote erreicht werden.

■ Eine grenzüberschreitende Perspektivenentwicklung ist notwendig (und wurde auch praktiziert). Abhängig von den individuellen rechtlichen, psychischen und arbeitsmarktbezogenen Ausgangslagen wurden sowohl realistische Perspektiven in Österreich als auch Reintegrationsmöglichkeiten in den Herkunftsländern erarbeitet. Das inkludiert etwa Know-How über Reintegrationshilfen, soziale Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen vor Ort oder finanzielle Unterstützungsleistungen in Form von Rückkehr- bzw. Starthilfen.



RESPEKT IST WAHRE STÄRKE

Der Weg zu einem gewaltfreien SOBEWO, in dem sich BewohnerInnen sicher fühlen können.

Weg von einer Feuerwehrfunktion, die löscht, wenn bereits ein Brand entstanden ist, war unsere Entscheidung – hin zu einer präventiven Pädagogik, die auf Warnsignale achtet, um möglichst früh einschreiten zu können damit Schlimmeres verhindert wird. Anhand von noch relativ harmlosen Situationen Regeln verdeutlichen ist die Devise. Einheitlich einschreiten bereits bei Kleinigkeiten, wie alltäglichen Respektlosigkeiten, die bei unseren BewohnerInnen ganz normal sind ... oder doch nicht?

Ausgangspunkt für das Projekt Respekt war die Beobachtung, dass es zwischen einzelnen BewohnerInnengruppen vermehrt zu Ausgrenzungen und Abwertungen kam, die teilweise zu Eskalationen mit Handgreiflichkeiten führten. Es war wohl kein Zufall dass gerade mir, als pädagogischer Abendbetreuerin ziemlich bald nach meinem Arbeitseintritt auffiel, dass die Hausregeln in Vergessenheit geraten waren.

Außerhalb der Büroöffnungszeiten waren die Regeln für die BewohnerInnen nicht spürbar, weil es niemanden gab, der deren Einhaltung überprüfte. Dies führte dazu, dass die gefühlten Freiräume von "den Stärksten" erobert wurden und "Schwächere" sich ihren Regeln beugen mussten.

Partymacher & Sheriffs

Zwei Gruppen hatten sich gebildet die "Partymacher" und die "Sheriffs" und beide wollten ihre Anliegen durchsetzen. Als Worte nicht mehr ausreichten, wurde versucht, sich mit Gewalt durchzusetzen. Besorgniserregend war, dass jene Personen, die handgreiflich wurden, das Gefühl hatten mit ihrer Vorgangsweise im Recht zu sein. Meine Interventionen wurden als ungerechtfertigte Einmischung erlebt. Aber auch tagsüber wurde immer deutlicher, dass es Handlungsbedarf gab.

Neue MitarbeiterInnen äußerten Unsicherheiten in Krisen, die auch dadurch bedingt waren, dass es keine einheitliche Vorgehensweise im Umgang mit Fehlverhalten gab. Last but not least nahmen wir auch den Ruf von BewohnerInnen nach strengeren Sanktionen zum Anlass, einen Fokus auf diesen Betreuungsaspekt zu legen.

Klarheit, Machbarkeit & Durchgängigkeit

Im Anschluss an ein 1 ½ tägiges Teamseminar zum Thema Deeskalation und Gewaltprävention einigten wir uns im Februar 2011 darauf, dieses Jahr dem Thema Respekt zu widmen. Klarheit, Machbarkeit und Durchgängigkeit waren die Schlagworte, die uns bei der Erarbeitung von gemeinsamen Maßnahmen leiteten. Hierzu war vorerst ein intensiver Prozess der Auseinandersetzung notwendig, bei der es auch zu einer Auseinandersetzung mit dem Konzept kam.

Die wichtigste Grundregel, die unser Konzept als Leitlinie für die gesamte soziale Arbeit des Vereins definiert, ist die Wertschätzung der verschiedenen Persönlichkeiten und Respekt vor der individuellen Lebensführung unserer BewohnerInnen; kein Missionierungs- oder Veränderungsdruck. Stand unser Projekt Respekt im Widerspruch zu diesem höchsten Wert? Sollten wir nicht eher respektieren, dass unter den BewohnerInnen eine andere (härtere) Umgangsart "normal" ist?

"Nein" lautete die Antwort, zu der wir schließlich kamen. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie dem Anderen Schaden zufügt. Einige BewohnerInnen hatten durch das Leben auf der Straße Traumatisierungen erlebt, die sie hier nicht wieder erleben sollten. Nicht "die Stärksten" sollten hier das Recht bestimmen, sondern Regeln, die gemeinsam erarbeitet werden, bestimmen das Zusammenleben – dies wollten wir uns und auch den BewohnerInnen wieder deutlich vor Augen führen und unsere Verantwortung ernst nehmen.

Der Wunsch nach einem respektvollen Umgang

Ein weiterer Meilenstein des Projekts bestand in der Über- bzw. Erarbeitung von Regelwerken. Nachdem innerhalb des Teams Regeln, Zuständigkeiten und Ziele klar definiert waren, war es Zeit die BewohnerInnen zu fragen, was sie unter Respekt verstehen, woran sie merken, dass sie (nicht) respektvoll behandelt werden bzw. wie sie (nicht) behandelt werden wollen. Mit diesen Fragen stimmten wir im Rahmen von Stockwerksversammlungen ins Thema ein und hielten die Inputs der BewohnerInnen auf Kärtchen fest. Die Beteiligung war groß und zeigte, dass eine grobe, rücksichtslose Umgangsform ganz und gar nicht im Interesse der BewohnerInnen liegt.

BewohnerInnen äußerten beispielsweise den Wunsch "willkommen zu sein" und erklärten, dass sie erwarten, dass "man zurückgrüßt, wenn man gegrüßt wird". "Ehrlichkeit" ist ihnen ebenso ein Anliegen wie "direktes Ansprechen von Problemen, nicht hinten herum". "Handgreiflichkeiten sind tabu" formulierten sie und ebenso zählt "beklaut werden" zu den Verhaltensweisen, für die sie sich eine Sanktion wünschen. "Der Ton macht die Musik" wurde festgehalten, damit wir jedoch nicht zu zimperlich werden, sollte nicht vergessen werden: "Auch Spaß muss sein!"

In der darauf folgenden Hausversammlung formulierten wir dann auf Basis der Inputs gemeinsam ein Plakat mit den wichtigsten Respektregeln. Einzelne Wortmeldungen wurden der Übersicht halber unter drei großen Überschriften subsumiert und zwei Graphiken zur Veranschaulichung ausgesucht.

Das Respektplakat dient seither als Erinnerungsfunktion, da es in allen Gemeinschaftsbereichen gut sichtbar aufgehängt wurde. Der Partizipationsprozess wurde durch Seminare abgerundet, in denen BewohnerInnen soziale Kompetenzen im Umgang mit Konflikten vermittelt wurden.

Der Aufwand hat sich gelohnt!

Nachdem wir die intensive Betreuungszeit, mit einer Explosion an Interventionen überstanden hatten, kam es zu einer deutlichen Beruhigung im Haus. Sowohl BetreuerInnen als auch BewohnerInnen haben eine Sensibilität entwickelt für ein Verhalten, das nicht den Respektregeln entspricht - das ist der Punkt, wo wir genau hinhören dranbleiben, nachfragen und (einheitlich!) intervenieren. Der Erfolg gibt uns Recht, seither kam es zu keinen weiteren Handgreiflichkeiten. Unser SOBEWO ist (wieder) zu einem Ort geworden, wo sich BewohnerInnen sicher fühlen können.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie dem Anderen Schaden zufügt.



DU SIEHST ES, WENN WER STIRBT

Von Sterben und Tod in der Wohnungslosenhilfe.

Kann es sein, dass der Tod einem eine spezielle Aura vermittelt, sichtbar für diejenigen, die sensibel dafür sind? Hans R., langjähriger und immer noch aktiver Bewohner eines Obdachlosenwohnhauses, berichtet jedenfalls davon, dass er es "sieht, wenn wer stirbt." Es ist ein "langsames Dahinsterben, der Körper wird schwächer", schildert er seine Beobachtungen. Schuld daran sei meist der Alkohol. Zwingen, auf sich selbst zu schauen und seinen

Lebenswandel zu ändern, könne man niemanden.

Hans ruft regelmäßig bei seiner ehemaligen Sozialarbeiterin an und hält so mit ihr Kontakt – etwa alle halben Jahre. Zumeist sind diese Telefonate wenig verheißungsvoll. Sie finden dann statt, wenn jemand gestorben ist, den sie von früher noch kannte oder auch nicht. "Hans, wer ist tot", lautet die Begrüßung, wenn sie seinen Namen am Handy-

Bildschirm sieht. Immer, so scheint es, ist ausgerechnet er an Ort und Stelle, wo "es" passiert – eine Bewohnerin wird von ihm tot am Gang liegend gefunden, ein Nachbar hat es gerade noch zum WC geschafft und dann nicht weiter, ein Besucher wird ermordet, just als Hans im Morgengrauen von einer Nachttour am Heimweg ins Wohnhaus ist.

Wohnungslose Menschen und solche, die in Armut leben, gehen gewöhnlich selten zum Arzt. Eine regelmäßige Gesundenuntersuchung würde nur zutage bringen, was man bereits selber schon lange ahnt, aber oft gar nicht wissen will: Das Leben auf der Straße, mal hier, mal da Unterschlupf findend, der viele Alkohol, schlechte Ernährung, psychische Belastungen und nie behandelte, geschweige denn auskurierte Krankheiten lassen Menschen in Armut früher sterben, als solche, denen es gut geht, die ein eigenes Dach über dem Kopf haben.

Wenig Leben zwischen Geburt und Tod

Ernestine B. etwa, eine stadtbekannte Klientin, die aus fast jeder Sozialeinrichtung "hinausgeflogen" war wegen ihrer sehr "unschüchternen" Persönlichkeit, starb mit knapp 50 Jahren. Sie hatte ihren Körper jahrelang schlimm verletzt, um die Verletzungen ihrer Kindheit zu überschallen. Gewalttätige Beziehungen und massiver Alkoholmissbrauch konnten ihr nicht darüber hinweg helfen, dass sie ihren Lebensweg nicht frei und selbstbestimmt gehen durfte. Ihre Eltern kannte sie nie. Die Pflegeeltern behandelten sie "wie Dreck".

Die intelligente Frau bekam nicht die Bildung, die sie verdiente, schlitterte in brutale Beziehungen, wurde selbst gewalttätig und kam ins Gefängnis. Ihr liebloser Umgang mit ihrem Körper brachte sie schließlich viel zu spät in ein Krankenhaus, wo Ernestine wenig später auch verstarb. Die damalige Freundin und Weggefährtin Gabriele K. berichtet: "Beim Begräbnis waren nur Leute von unserem Haus und Sozialarbeiter. Von der Familie habe ich niemanden gesehen."

Sterben und Tod in der Wohnungslosenhilfe machen oft sprachlos, manchmal auch hilflos. Wenn ein Nachbarschaftsgefüge, wie in einem betreuten Wohnhaus, funktioniert, fällt es wenigstens auf, wenn es wem schlecht geht. Hans R. bemerkt: "Man fragt schon nach, wie geht es dir? Ändern kannst aber nichts. Ich gehe ja selber nicht zum Arzt." Manchmal bringt eine Verbesserung der Lebensumstände eine Verschlechterung der Gesundheit mit sich. Endlich loslassen dürfen, heißt endlich krank sein können.

Rituale und Routine

Themen wie Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Palliativ- und Hospizbetreuung nehmen in der Sozialarbeit mit wohnungslosen Menschen wenig Raum ein, denn das sind Belange, die wir als sehr privat und intim betrachten. Die Auseinandersetzung mit Sterben und Tod fällt in der eigenen Familie schon nicht leicht, mit "fremden" Personen ist sie geradezu ein Tabuthema. Befragt man SozialarbeiterInnen, die mit dem Tod ihrer

KlientInnen konfrontiert waren, macht sich Schwere breit. Worte werden gesucht, Gefühle vorsichtig formuliert, darunter viele Ängste. Es bedürfe Einzelsupervision, wenn es jemand wünsche, oder einen freien Tag.

Wichtig sei es, Rituale zu finden, die dem Tod die gehörige Würde und der Arbeit die nötige Professionalität gestatten. Kerzen, Gedenkbücher, Fotos. Manchmal gelingen Gespräche über den Menschen, seine Macken und – immer wieder erstaunlich – Erinnerungen an seine Stärken und Fähigkeiten. Und dabei den Alltag nicht aus den Augen lassen. Es müssen Formalitäten erledigt, manchmal die Matratze gewechselt und der Boden herausgerissen und erneuert werden.

Oft unvermutet

Oft kommt der Tod überraschend und unvermutet. Wir haben es mit Notärzten, Polizei und Notaren zu tun – Menschen, die uns nervös machen, die uns mit Fragen konfrontieren, was ist passiert, wer sind die Angehörigen, wann haben Sie die Frau, den Mann zuletzt gesehen? Wir wissen oft wenig über die Lebensgeschichten der Menschen, die Krankengeschichten sind dementsprechend lückenhaft.

Ernestine B. hätte nie eine Ärztin oder einen Arzt an sich herangelassen, viel zu groß waren ihre Vorbehalte und Ängste gegenüber anderen Menschen. Erst als sie sich nicht mehr "zur Wehr setzen konnte", als sie bereits im Krankenhaus war, hat sie Hilfe angenommen. Am liebsten waren ihr aber die Besuche ihrer Freundin

Gabriele, die auch die einzige war, die gerufen wurde, als sie im Sterben lag.

"Mike hatte eine Freundin im 21.", erzählt Hans R. Sie hatte eine Gemeindewohnung, er lebte im Obdachlosenwohnheim. Wenn's Streit gab, ging jeder seiner eigenen Wege. "Als sie gestorben war mit Mitte Vierzig, ist der Alkohol bei ihm noch mehr geworden. Wodka, Bier und so. Wir haben gleich bemerkt, als er sich nicht mehr gerührt hat, drei, vier Monate später. Er hat ihren Verlust nicht verkraftet." Die Rettung und die Polizei, die Hans gerufen hatte, kamen zu spät, beim Begräbnis konnte keiner dabei sein, denn Mike war aus Tirol. Hans lakonisch: "Irgendwelche Verwandten, die sich bis dato nicht bei ihm gerührt haben, dürften ihn geholt haben."

Hektikbremse

Sicher scheint zu sein: Es fehlt oft einfach die Zeit, um die elementarsten Rahmenbedingungen für eine Trauerarbeit zu erfüllen. Wenn gemäß dem allgemeinen Ruf nach Effizienz am Tag danach das Bett eines Verstorbenen bereits wieder belegt ist, bleibt wenig Spielraum für einen respektvollen Umgang mit Tod und Sterben. Weder bleibt den BewohnerInnen genügend Zeit, um Abschied zu nehmen, noch lässt der Alltag den BetreuerInnen genug Atem für die notwendige Psychohygiene. Aber wenn man angesichts des Todes nicht auf die Hektikbremse steigt, wann dann?

Manchmal bringt eine Verbesserung der Lebensumstände eine Verschlechterung der Gesundheit mit sich. Endlich loslassen dürfen, heißt endlich krank sein können.

Erklärung des Datenrasters

Anzahl der Wohnplätze	kontingentierte Wohnplätze, mit dem FSW verrechenbar
Anzahl weiblich	gesamte Anzahl der 2011 geförderten und nichtgeförderten weiblichen Personen
Anzahl männlich	gesamte Anzahl der 2011 geförderten und nichtgeförderten männlichen Personen
Anzahl Kinder	gesamte Anzahl der 2011 geförderten und nichtgeförderten Minderjährigen
Aufenthaltsdauer	durchschnittliche Aufenthaltsdauer der betreuten Personen in Monaten
Auszug geplant	bei befristeten Wohnplätzen, Auszug in gesicherte Wohnverhältnisse
Auszug ungeplant	bei befristeten Wohnplätzen, Wohnplatzverlust (Ziel nicht erreicht)
Abgang geplant	Zielerreichung bei Dauerwohneinrichtungen (gesicherte Wohnverh., Pflegeheim, Tod usw.)
Abgang ungeplant	Verlust des Wohnplatzes bei Dauerwohneinrichtungen (Ziel nicht erreicht)
Hausverbote	Anzahl der bestehenden Hausverbote im Jahr 2011
Auslastung	Auslastung der Wohnplätze in %

Anm.: Bei den Gesamtzahlen der betreuten Personen wurden Mehrfachnennungen durch mögliche Übersiedelungen innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe nicht berücksichtigt. Alle Zahlen beziehen sich auf Leistungen der "wieder wohnen" GmbH sowie der Träger des Verbandes Wiener Wohnungslosenhilfe. Nicht berücksichtigt wurden Leistungen in der Grundversorgung von AsylwerberInnen. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden kann es überdies zu Abweichungen zwischen den hier angeführten Zahlen und den Statistiken des Fonds Soziales Wien kommen.

Erklärung der Wohnformen

Ambulante Einrichtungen: z.B. Beratungsstellen, Tageszentren, Essensausgabe

NächtigerInnen-Quartier (NQ): ein Bett für eine Nacht

Übergangswohnen (ÜWH): Befristeter Wohnplatz mit dem Ziel eigenständiger Wohnplatz

Betreutes Wohnen (BeWo): Befristeter, dislozierter Wohnplatz

Sozial Betreutes Wohnen (SoBeWo): Betreutes Dauerwohnen

Begleitetes Wohnen: Begleitetes Dauerwohnen

ÜBERBLICK ÜBER ALLE ORGANISATIONEN 2011

Geförderte Wohnplätze ¹	Verband	wwo	Gesamt
Nachtquartiere	386	36	422
Übergangswohnen	621	1.049	1.670
Betreutes Wohnen	1.233	228	1.461
Sozial betreutes Wohnen	970	48	1.018
Begleitetes Dauerwohnen	5	0	5

¹ Nicht geförderte Wohnplätze wurden heuer nicht berücksichtigt

MitarbeiterInnen ²	Verband	wwo	Gesamt
Vollzeitäquivalent	438	209	647
Köpfe	594	224	818
Frauen	331	117	448
Männer	263	107	370

² ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

$\textbf{Geschlechterverteilung}^{3}$	Verband	wwo	Gesamt
Frauen ³	2.233	879	3.112
Männer	7.447	1.604	9.051
Minderjährige	903	674	1.577

³ ohne Nachtquartiere Rotes Kreuz

Nachtquartiere	Verband	wwo	Gesamt
Frauen	676	321	997
Männer	4.922	0	4.922
Minderjährige	148	0	148
Gesamt	5.746	321	6.067

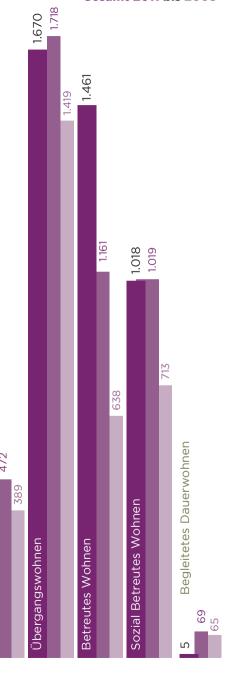
Übergangswohnen	Verband	wwo	Gesamt
Frauen	404	443	847
Männer	866	1.484	2.350
Minderjährige	116	456	572
Gesamt	1.386	2.383	3.769

Betreutes Wohnen	Verband	wwo	Gesamt
Frauen	725	115	840
Männer	966	57	1.023
Minderjährige	639	218	857
Gesamt	2.330	390	2.720

Dauerwohnen ¹	Verband	wwo	Gesamt
Frauen	436	0	436
Männer	745	63	808
Gesamt	1.181	63	1.244

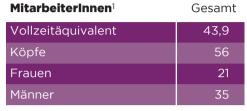
¹ = Sozial betreutes Wohnen und begleitetes Dauerwohnen

Wohnplätze Gesamt 2011 bis 2009



Nachtquartiere

ARBEITER SAMARITERBUND WIEN 2011



¹ ohne Zivildienstleistende, ohne Reinigung

Nachtquartiere	Betten	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auslastung
R3 Nachtquartier f. Frauen	18	150	15	0,9	68,4%

Erfolge/Kennzahlen: Seit Frühjahr 2011 bietet das Nachtquartier Haus R3 auch Plätze für Paare an. Sowohl für Frauen als auch für Paare im Nachtquartier versuchen wir, wieder einen Einstieg ins Hilfssystem zu erreichen, um z. B. ins Übergangswohnen zu übersiedeln.

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
Haus SAMA	26	11	39	10,5	geplant 15 ungeplant 10	99,4%
Haus R3	168	90	227	12	geplant 95 ungeplant 87	95,1%

Erfolge/Kennzahlen: In diesem Bereich sind Erfolge sehr vielfältig: der Aufbau einer Betreuungsbeziehung, gesundheitliche, soziale und psychische Stabilisierung, der Entschluss eine medizinische Therapie zu beginnen oder die geglückte Übersiedlung in ein langfristiges Wohnangebot.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Auszüge	Auslastung
Wohnenplus RIGA	75	14	61	1,5	geplant	1 ungeplant O	99,9%

Erfolge/Kennzahlen: Die Besiedelung des Hauses wurde in der geplanten Zeit erfolgreich abgeschlossen und das neue Angebot von den BewohnerInnen positiv aufgenommen.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüg	е	Auslastung
Haus SAMA	24	6	24	25,5	geplant 4 ungeplant	2	99,9%
Haus Max Winter	122	45	100	10,2	geplant 17 ungeplant	7	99,6%

Erfolge/Kennzahlen: Einerseits ist Erfolg, wenn BewohnerInnen sich entschließen nochmals zu versuchen in eine eigene Wohnung mit Mietvertrag zu ziehen, andererseits ist es uns ein Anliegen, den BewohnerInnen ein Leben in Würde zu ermöglichen und sie in ein stabiles und möglichst selbstbestimmtes Leben zu begleiten.



Arbeiter-Samariter-Bund Wien

Wohnen und Soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH Pillergasse 24, 1150 Wien Tel. 01/89 145-272 Fax 01/89 145-99 272 wsd@samariterwien.at www.samariterwien.at

Vorstellung der Organisation

Seit der Gründung vor mehr als 80 Jahren ist der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs seiner obersten Verpflichtung treu geblieben: Die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Non-Profit-Organisation leisten für ältere Menschen, Kranke, Verletzte und in Not geratene Hilfe von Mensch zu Mensch – unabhängig von deren ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Weltanschauung.

Das Aufgabengebiet des Samariterbund Wien hat sich in den vergangenen Jahren enorm erweitert – vom klassischen Rettungs- und Krankentransport hin zu den Gesundheits- und Sozialen Diensten wie etwa Pflege, Asylwerber- und Obdachlosenbetreuung, aber auch Katastrophenhilfsdienst und Jugendarbeit. Tag für Tag sind hunderte SamariterInnen im Dienste der Gesellschaft tätig.

Leitsatz der Organisation

Hilfe von Mensch zu Mensch

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR NICHTSESSHAFTENHILFE



Arbeitsgemeinschaft für

Tel. 01/493 90 49 Fax 01/493 93 924 office@arge-wien.at www.arge-wien.at

Die Arbeitsgemeinschaft für Nicht-

Zu diesem Zwecke betreiben wir einen gemeinnützigen Beschäftigungsbetrieb, in

Nichtsesshaftenhilfe Wien

Lorenz-Mandl-Gasse 31-35, 1160 Wien

sesshaftenhilfe Wien wurde vor 30 Jahren gegründet. Ziel unserer Organisation ist es, für schuldig in Not geratene Menschen Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie ein selbstbestimmtes Leben führen können.

dem wir 30 Dauerarbeitsplätze für oben genannte Zielgruppe bereit stellen. In unseren, zum Großteil durch den FSW geförderten, Wohnplätzen beherbergen wir ca. 300 Personen, vom Kleinkind bis zum hohen Alter.

Vorstellung der Organisation

Leitsatz der Organisation

Wir sind für das Sein, nicht für das Bewusstsein verantwortlich.

MitarbeiterInnen ¹	Gesamt
Vollzeitäquivalent	22,9
Köpfe	25
Frauen	10
Männer	15

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt		Abgär	ige	Auslastung
BEWO Geibelgasse	56	24	12	62	44,5	geplant	12 ungeplant	8	99%

Erfolge/Kennzahlen: Auslastung: 97%; Auszugsgrund: nicht mehr als 15% sollen ungeplant ihre Wohnung verlieren; Mietrückstand: maximal 2 Monatsmieten

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Abgänge	Auslastung
Leopoldau	41	9	32	geplant 6 ungeplant 3	98%
Schlachthausgasse	54	10	44	geplant 11 ungeplant 2	99%
Eßlinger Hauptstraße	44	6	38	geplant 8 ungeplant 2	98%
Maroltingergasse	56	22	34	geplant 8 ungeplant 2	99%

Erfolge/Kennzahlen: Auslastung: 98%; Auszugsgrund: nicht mehr als 10% sollen ungeplant ihre Wohnung verlieren; Mietrückstand: maximal 2 Monatsmieten

ZAHLEN & FAKTEN CARITAS WIEN 2011

MitarbeiterInnen ¹	Gesamt
Vollzeitäquivalent	198,3
Köpfe	274
Frauen	148
Männer	126

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartie	ere	Betten	Frauen	Männer	Minderjähr.	Auslastung
NQ U63		123	0	1.679	0	91%
NQ JUCA		16	66	200	0	91,7%
NQ Haus Miri	iam	4	50	0	0	96,2%
NQ Vinzenzh	aus	5	0	70	0	71,7%
NQ Rupert-M	layer-Haus	7	14	53	0	61,4%
Nachtnotauf	nahme FWZ	3	189	0	0	35,9%
a_way Juger	ndnotschlafstelle ¹	-	57	89	148	37,4%
2. Gruft (EU-)AusländerInnen²	-	88	719	0	96%

Erfolge/Kennzahlen: Bei der Anzahl der NächtigerInnen sind Reservierungen mitberücksichtigt. Von den 123 Betten im U63 sind täglich sechs Betten für die Nachtnotaufnahme für Rettung, Polizei etc. reserviert. Die Anzahl der Nächtigenden im U63 ergibt sich aus der Anzahl der Personen mit Übernachtungen bzw. Reservierungen im Nachtnotquartier (NQ) und in der Nachtnotaufnahme (NNA). NächtigerInnen, die sowohl im NQ als auch in der NNA ein Bett reserviert hatten, wurden nur einmal gezählt. JUCA: Auffallend ist das junge Alter der Notquartiers-gäste: im Durchschnitt 22,2 Jahre, welches im Vergleich zu 2010 annähernd gleich geblieben ist.

Ambulante Einrichtungen

Angebote/Kennzahlen

P7	18.595 Beratungsgespräche
Gruft	94.126 warme Mahlzeiten
Louise-Bus	7.843 Behandlungen (2.043 PatientInnen)
Canisibus	67.064 ausgegebene Essen
Tageszentrum St. Josef	31.736 ausgegebene Mahlzeiten

Erfolge/Kennzahlen: P7: Im Jahr 2011 haben 6.126 verschiedene KlientInnen zu 61.470 KlientInnenkontakten geführt. Dies bedeutet einen Anstieg der KlientInnenzahl von 2010 auf 2011 um 1,8 % und einen Rückgang bei den KlientInnenkontakten um 7,02 %. Gruft: Im Jahr 2011 wurden um 6.456 mehr warme Mahlzeiten ausgegeben als im Jahr 2010. Das bedeutet einen Anstieg von 7,4 %.

¹10 Betten, finanziert durch die Sucht- und Drogenkoordination der Stadt Wien

² 62 Schlafplätze, finanziert durch die Caritas

Caritas

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
Haus Miriam	38	85	0	О	9,3	47	94,4%
Rupert-Mayer-Haus	29	5	59	0	9,5	36 ²	93,5%
Vinzenzhaus	37	О	83	0	9	51	95%
JUCA	66	46	121	0	7,1	101	99,3%
FrauenWohnZentrum	32	45	0	0	20	14	99,5%
Haus St. Josef	40	19	45	0	11,9	25	97,2%
Haus Immanuel	55	32	0	56	23,9	422	82,7%
Haus Luise	301	45	0	60	1,9	19	- 3

¹10 Mütter, 20 Kinder; 8 Betten sind nicht mit dem FSW verrechnet;

Erfolge/Kennzahlen: Bei der Anzahl der Wohnplätze wird die Anzahl der Bewilligungen ausgewiesen, nicht die Anzahl der Personen. JUCA: Das Durchschnittsalter der KlientInnen ist im Vergleich zum Jahr 2010 weiter gesunken. Besonders das Durchschnittsalter bei den jungen Frauen von etwa 19 Jahren beim Einzug gilt es zu erwähnen. Haus St. Josef: Die Kapazität wurde mit Juli 2011 von 39 auf 41 Plätze erhöht, daher erfolgte die Berechnung mit durchschnittlich 40 Plätzen. 19 Auszüge im Übergangswohnen ohne NQ und Nichteingezogene.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
Startwohnungen Wien	100	64	78	31	18,3	geplant 54 ungeplant O	97,8%
@home und insieme ¹	557	242	287	276	34,8	geplant 240 ungeplant O	95,4%

¹ Insieme ist ein Startwohnungsprojekt für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzbedürftige.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
Haus Allerheiligen	54	13	45	67,6	4	99,8%
Rupert-Mayer-Haus	30	6	25	85,4	11	99,9%
Haus Jona	50	15	39	45	5	99,8%
Haus Noah	112	32	107	8,5	27	99,2%

¹ Dieser Auszug wurde als "geplant" angegeben, in den anderen Fällen keine Angaben, ob geplant oder ungeplant;

Erfolge/Kennzahlen: Bei der Anzahl der Wohnplätze wird die Anzahl der Bewilligungen ausgewiesen. Haus Allerheiligen: ein Bewohner zog in eine Gemeindewohnung, drei Bewohner sind 2011 verstorben; Haus Jona: Im Laufe des Jahres 2011 erfolgten Auszüge, die dementsprechend nachbesetzt wurden, wodurch das Haus durchgehend voll belegt war: vier Bewohner verstarben, ein Bewohner musste aufgrund des fortgeschrittenen Pflegebedarfs in ein Pflegeheim übersiedeln.

Caritas der Erzdiözese Wien

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien Tel. 01/878 12-310 Fax 01/878 12-9310 obdach-wohnen@caritas-wien.at www.caritas-wien.at

Vorstellung der Organisation

Caritas bedeutet Nächstenliebe. Unabhängig von deren sozialer, nationaler oder religiöser Zugehörigkeit berät, begleitet und unterstützt die Caritas Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Rund um die Uhr und manchmal auch rund um die Welt. Immer von Mensch zu Mensch.

Die Caritas Wien beschäftigt ca. 4.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Tausende ehrenamtlich tätige in den Einrichtungen und im Umfeld der rund 650 Pfarren im Gebiet der Erzdiözese Wien (Wien, NÖ - Weinviertel und Industrieviertel). Die Aufgabenfelder der Caritas Wien sind vielfältig und beinhalten die Bereiche Hilfe in Not (Obdach & Wohnen, Asyl & Integration, Arbeit & Chance, Beratung & Familie), Senioren- und Pflegehäuser, Mobile Dienste, Menschen mit Behinderung und die Pfarrcaritas sowie Schulen und Gemeinwesenprojekte (z.B. Brunnenpassage, usw.).

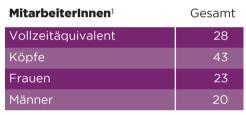
Leitsatz der Organisation

Gemeinsam Wunder wirken

² Diese beiden Auszüge wurde als "geplant" angegeben, in den anderen Fällen keine Angaben, ob geplant oder ungeplant;

³ Anlaufjahr für Umstellung des Leistungsangebots, daher keine repräsentativen Auslastungszahlen.

HEILSARMEE ÖSTERREICH 2011



¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
SalztorZentrum	60	0	131	-	geplant 67 ungeplant 14	97%

Erfolge/Kennzahlen: Erfolgreiche Vermittlung in die nächsthöhere mögliche Wohnform. Kennzahlen: Erfassen von differenzierten Betreuungsfeldern (Sucht, Finanzen etc.), deren Zeitaufwand und Resultate, in welche Wohnformen die Klienten ziehen, deren Einkommensstruktur bei Eintritt und bei Austritt aus der Betreuung.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Auszüge	Auslastung
BEWO-Heilsarmee	42	0	77	-	geplant	_ ungeplant _	97%

Erfolge/Kennzahlen: Erfolgreiche Vermittlung in die nächsthöhere mögliche Wohnform. Kennzahlen: Erfassen von differenzierten Betreuungsfeldern (Sucht, Finanzen etc.), deren Zeitaufwand und Resultate.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Abgänge	Auslastung
Haus Erna	60	0	63	-	geplant	3 ungeplant _	94%

Erfolge/Kennzahlen: Januar und Februar 2011 galten noch als Besiedelungszeit. Das erklärt dann auch die niedrige Auslastung. Es ist das erste Betriebsjahr, welches noch sehr viel von Eingewöhnung und Aufbauen von Strukturen geprägt war. Erfolg ist aber, dass das neue Mitarbeiterteam sich gut eingearbeitet hat und dass das Haus weitgehend den Erwartungen entspricht.



Heilsarmee Österreich

Große Schiffgasse 3, 1020 Wien Tel. 01/214 48 30 Fax 01/214 48 30-55 austria@swi.salvationarmy.org www.heilsarmee.at

Vorstellung der Organisation

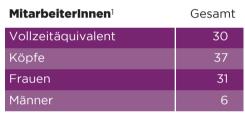
Die Heilsarmee unterstützt als Hilfsorganisation und christliche Glaubensbewegung in weltweit 121 Ländern Menschen in schwierigen Lebenssituationen und bekämpft Armut und soziale Ausgrenzung. Seit ihrer Gründung in Österreich 1926 hat die Heilsarmee immer praktische Einrichtungen für wohnungslose Menschen betrieben.

So gibt es im 2. Bezirk das SalztorZentrum, ein Übergangswohnheim für Männer mit 60 Plätzen in 1- und 2-Bettzimmern. Darüber hinaus stehen 22 Wohnungen mit 42 Wohnplätzen für das Betreute Wohnen für wohnungslose Männer zur Verfügung. Das im Dezember 2010 eröffnete sozial betreute Wohnhaus und Heilsarmeezentrum "Haus Erna" wurde bis Ende Februar 2011 besiedelt. Die Heilsarmee Österreich ist spezialisiert auf die Bedürfnisse psychisch kranker wohnungsloser Menschen. Das Ziel ist die Integration in eine stabile Lebens- und Wohnsituation.

Leitsatz der Organisation

Suppe - Seife - Seelenheil

WIENER HILFSWERK 2011



¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze ¹	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
BEWO	105	89	36	101	15,9	geplant 69 ungeplant 18	100%

¹ = verrechnete Betten; daneben gibt es noch 42 nicht verrechnete Betten

Erfolge/Kennzahlen: Das Wiener Hilfswerk bietet mit: "Betreut Wohnen für Frauen und Familien" Übergangswohnungen an, in denen – mit Hilfe professioneller Sozialarbeit – sowohl die Themen einer künftigen Wohnversorgung, die Einkommenssituation, die Beschäftigungssituation, als auch Alltagsmanagement bearbeitet werden.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Auszüge	Auslastung
SOBEWO Bürgerspitalgasse	34	36	0	-	geplant	2 ungeplant O	99,9%
SOBEWO Hausergasse	44	20	33	-	geplant	6 ungeplant 4	98,7%
SOBEWO Tivoligasse	60	63	5	-	geplant	8 ungeplant 1	98,9%

Erfolge/Kennzahlen: Die Ziele der Sozial betreuten Wohnhäuser sind eine zielgruppenorientierte, dauerhafte Wohnversorgung für Frauen und Männer durch leistbare, eigene Wohneinheiten. Selbständig Wohnen wird neu erlernt, Hilfestellung im Alltagsmanagement ist durch ein multiprofessionelles Team gegeben.



Wiener Hilfswerk - Bürger in Not

Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien Tel. 01/512 36 61-715 Fax 01/512 36 61-716 gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at wiener.hilfswerk.at

Vorstellung der Organisation

Wiener Hilfswerk ist eine 1947 gegründete, private, gemeinnützige, überkonfessionelle und überparteiliche Organisation, die ihre Unterstützung allen in Wien lebenden Menschen anbietet.

Mit unserem dichten Netz an Einrichtungen und Angeboten für Alt und Jung können wir jene Hilfestellungen anbieten, die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen benötigen – maßgeschneidert und aus einer Hand.

Leitsatz der Organisation

Qualität von Mensch zu Mensch.

NEUNERHAUS 2011



MitarbeiterInnen ¹	Gesamt		
Vollzeitäquivalent	33		
Köpfe	49		
Frauen	35		
Männer	14		

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
neunerHAUS Billrothstraße	44	8	113	5,7	geplant 67 ungeplant 10	94,9%

Erfolge/Kennzahlen: Mit Unterstützung der SozialarbeiterInnen konnten 85% der ausgezogenen KlientInnen des neunerHAUSES Billrothstraße eine eigene Unterkunft, in den meisten Fällen eine Gemeindewohnung, beziehen. Das Durchschnittsalter der KlientInnen lag 2011 bei 44 Jahren, die Verweildauer im Haus betrug im Mittel 172 Tage.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt		Auszü	ge	Auslastung
neunerHAUS Startwhg.	0/181	7	10	6	13,6	geplant	7 ungeplant	1	99,7%

¹18 (nicht mit dem FSW verrechnete) Betten:

Erfolge/Kennzahlen: Die Anzahl der Startwohnungen verringerte sich 2011 durch den Ablauf von zwei Mietverträgen auf zehn Wohnungen. Die Vermittlung von zwei Familien – in eine Gemeindewohnung bzw. in eine andere WWH-Einrichtung – verlief erfolgreich. Für die meisten BewohnerInnen (per 31. 12. 2011: ein Paar mit zwei mj. Kindern, zwei weitere Paare und sieben alleinlebende Personen) wird im Jahr 2012 nach zwei Jahren Betreuungsdauer das Ziel der eigenen mietrechtlich abgesicherten Wohnung umzusetzen sein.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Abgär	nge	Auslastung
neunerHAUS Kudlichgasse	60	29	40	Dauerwohnen	geplant	4 ungeplant	5	99%
neunerHAUS Hagenmüllerg.	58	18	48	Dauerwohnen	geplant	7 ungeplant	5	93,9%

Erfolge/Kennzahlen: Im Jahr 2011 wurde im neunerHAUS Kudlichgasse ein Arbeitsschwerpunkt zum Thema:

Gewaltprävention/Respekt ins Leben gerufen. Neben einer partizipativen Erarbeitung von "Respekt-Regeln" für das Zusammenleben im Haus und Workshops für BewohnerInnen zu Deeskalation und Konfliktlösung wurden neue Vereinbarungen innerhalb des Teams zu konsequentem und nachvollziehbarem Reagieren auf Regelverstöße getroffen. Die Zahl der Übergriffe ist dadurch deutlich gesunken. Das neunerHAUS Hagenmüllergasse hat im Jahr 2011 eine externe Evaluierung mit anschließender Konzeptüberarbeitung durchgeführt und wird zukünftig als Übergangswohnheim geführt. Diese Veränderung und der anvisierte Umzug in ein Ausweichquartier hatten einen Anstieg bei den geplanten Auszügen zur Folge.

neunerHAUS

Margaretenstraße 166/1, 1050 Wien Tel. 01/990 09 09-900 Fax 01/990 09 09-909 verein@neunerhaus.at www.neunerhaus.at

Vorstellung der Organisation

Das neunerHAUS gibt Menschen in Wien Obdach. Und mehr. Der innovative Sozialverein bietet obdach- und wohnungslosen Menschen neben Einzelund Paarwohnungen auch professionelle Begleitung durch SozialarbeiterInnen sowie medizinische und zahnmedizinische Betreuung. Eine tierärztliche Versorgungsstelle komplettiert das Angebot.

In allen neunerHAUS-Einrichtungen werden die Leistungen auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Menschen abgestimmt. Hilfe wird dort geleistet, wo sie gebraucht wird und soll ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben ermöglichen. Respekt vor jedem/r BewohnerIn und PatientIn steht dabei immer im Mittelpunkt.

Leitsatz der Organisation

Wir geben Obdach. Und mehr.

Ambulante Einrichtungen	PatientInnen	Frauen	Männer	Konsultationen	Nicht versichert	Ordination
Team neunerHAUSARZT	946	241	705	11.921	-	90 Std/W
neunerHAUS Zahnarztpraxis	702	205	497	2.686	-	16 Std/W
neunerHAUS TierärztInnen	350	-	-	1.050	-	8 Std/W

Erfolge/Kennzahlen: Der Anstieg der PatientInnenzahlen und Konsultationen sowohl beim Team neunerHAUSARZT als auch in der neunerHAUS Zahnarztpraxis im Vergleich zu 2010 bestätigt die sehr gute Inanspruchnahme medizinischer Versorgung und zeigt, dass das differenzierte Betreuungsangebot den unterschiedlichen Bedürfnissen umfassend gerecht wird. Das Angebot der Tierärztlichen Versorgungsstelle konnte 2011 ausgebaut werden, gleichzeitig wurde ein großer Bedarf an erweiterten Öffnungszeiten sichtbar.

ZAHLEN & FAKTEN NEUSTART 2011

MitarbeiterInnen ¹	Gesamt			
Vollzeitäquivalent	5,9			
Köpfe	10			
Frauen	6			
Männer	4			

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze ¹	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
NEUSTART-Betr. Wohnen	70	21	143	9	geplant 32 ungeplant 72	93,5%

¹ = verrechnete Betten; daneben gibt es noch 7 nicht verrechnete Betten

Erfolge/Kennzahlen: Sinkende Auslastung im Vergleich zum Vorjahr durch starken Rückgang der Zuweisungen!



NEUSTART

Betreutes Wohnen Holzhausergasse 4/3. Stock, 1020 Wien Tel. 01/218 32 55-507 Fax 01/218 32 55-120 bewo@neustart.at www.neustart.at

Vorstellung der Organisation

NEUSTART ist eine Organisation, die der Gesellschaft Hilfen und Lösungen zur Bewältigung von Konflikten und damit Schutz vor Kriminalität und deren Folgen bietet.

Leitsatz der Organisation

Leben ohne Kriminalität. Wir helfen.

ZAHLEN & FAKTEN ROTES KREUZ 2011



¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartiere	Betten	Frauen	Männer	Aufenthalt	Auslastung
Haus Hermes	1301	62	1.183	-	83,7%
Haus Otto	70	0	914	-	81,3%

¹ bis Oktober 2011 130 Plätze, dann 112; ab Oktober 2011 auch Frauenplätze (14) und Paarplätze (6);

Erfolge/Kennzahlen: Im Haus Hermes gibt es seit Oktober 2012 auch Frauen- und Paarplätze, die das Angebot ergänzen.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Abgär	nge	Auslastung
Haus Henriette	60	0	73	-	geplant	3 ungeplant	9	100%



Wiener Rotes Kreuz

Wiener Rotes Kreuz – Rettungs-, Krankentransport-, Pflege- und Betreuungsgesellschaft m.b.H. Nottendorfer Gasse 21, 1030 Wien Tel. 01/79 580 Fax 01/79 580 - 9706 www.wrk.at

Vorstellung der Organisation

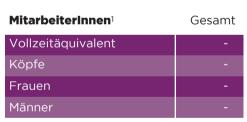
Das Österreichische Rote Kreuz Landesverband Wien, kurz "Wiener Rotes Kreuz" ist der im Bundesland Wien aktive Teil des Österreichischen Roten Kreuzes.

Seit 2006 ist das Wiener Rote Kreuz im Bereich der Wohnungslosenhilfe aktiv und betreibt zwei Nachtquartiere und ein Sozial Betreutes Wohnhaus.

Leitsatz der Organisation

Aus Liebe zum Menschen.

VEREIN STRUKTUR 2011



¹ Nur ehrenamtliche MitarbeiterInnen

Begleitetes Dauerwohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Abgänge	Auslastung
Wohnhaus	5	-	6	unbegrenzt	geplant	1 ungeplant O	100%

Erfolge/Kennzahlen: Die Lebensqualität wird jährlich mit Fragebogen erhoben, die Verläufe permanent erfasst und ausgewertet (Jahresberichte). Die integrierten Klienten erreichen zwischen 95 bis 100 % Abstinenz. Die Durchschnittswerte (akkumulative Abstinenzdauer: CAD) seit Bestehen des Projekts: 2007: 81 %, 2008: 96 %, 2009: 99 %. Es gibt eine gute Kooperation mit OWS, AKH und TZ Ybbs und infolgedessen auch eine permanente Nachfrage nach derartigen Wohnplätzen, weil sich offensichtlich auch "hoffnungslose Fälle" in diesem Setting stabilisieren. Vinzirast/Corti-Haus haben eine Wohngemeinschaft nach diesem Muster im Juni 2010 eröffnet.



Verein Struktur

Linzerstraße 125-127/1/20, 1140 Wien Tel. 0664/829 44 47 Fax 01/526 58 98 caritasgemeinde@gmx.at

Vorstellung der Organisation

Dauerwohngemeinschaft für Alkoholkranke mit erheblichen Vorschädigungen (hoher Komorbiditätsgrad), Folgeschäden und sozialen Deprivationserfahrungen (Typ IV nach Lesch) mit der Zielsetzung eines abstinenten Lebens.

Mit den Schwerpunkten soziale Integration (familienähnliches Setting), gezielte psychiatrische Therapie der Basiserkrankung und rasche Krisenintervention werden Langzeitabstinenzraten zwischen 85 bis 99 % erreicht.

Leitsatz der Organisation

Gemeinschaft heilt.

Gesamt 36.8

26

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung; drei VÄ sind bei der MA40 beschäftigt

120

dzt. statistisch (noch) nicht ausgewertet. Flatworks ist eine Integrationsbetreuungseinrichtung.

VOLKSHILFE WIEN

MitarbeiterInnen¹

Vollzeitäguivalent

Betreutes Wohnen

Wohnhaus Liesing

betreut wohnen

Flatworks

Frauen

Männer



Volkshilfe Wien

Weinberggasse 77, 1190 Wien Tel. 01/360 64-0 Fax 01/360 64-61

landessekretariat@volkshilfe-wien.at

Vorstellung der Organisation

Die Volkshilfe Wien ist mit rund 4.000 Mitgliedern ein starker karitativer Verein in Wien. In Not geratene oder hilfsbedürftige Menschen zu versorgen und zu betreuen, ist nach wie vor das zentrale Aufgabengebiet der Volkshilfe Wien.

Auslandshilfe.

www.volkshilfe-wien.at

Sie leistet aber nicht nur humanitäre Hilfe, sondern ist auch Dienstleister im Auftrag der Gemeinde Wien für die Bereiche Pflege und Betreuung, Wohnungslosenhilfe, Delogierungsprävention, Arbeitsintegration, Flüchtlingsbetreuung sowie Kinder- und Jugendbetreuung. Zu den Aufgaben des Vereins zählen zudem noch die Sozialberatung, ein Kleiderlager für Bedürftige und Aktivitäten im Bereich der

zwei Bewohnerinnen für Gemeindewohnung, Auszug einer Person in eine Gemeindewohnung **Ambulante Einrichtungen** Per Brief Beratene Wohnung Geldaushilfen kontaktiert KlientInnen gesichert notwendia FAWOS1 8.357 2.579 87% 12,6% Wohndrehscheibe 1.444 1.446

65

Sozial Betreutes Wohnen Wohnplätze

Erfolge/Kennzahlen: Es wurden 413 Wohnungen vermittelt, 338 davon private Hauptmietwohnungen.

Wohnplätze Frauen Männer Kinder Aufenthalt

Erfolge/Kennzahlen: Erfolgreiche Wohn-Integration bei 66% der ausziehenden Personen. Viele Betreuungserfolge werden

97

76

Männer Aufenthalt

37

Erfolge/Kennzahlen: Vier Personen Alkoholtherapie, 15 Personen Aufnahme einer psychiatrischen Behandlung, Befürwortung von

15 l

101

Frauen

29

Auszüge

Auslastung

99,7%

geplant 128 ungeplant

Auszüge

geplant 3 ungeplant 11

Auslastung

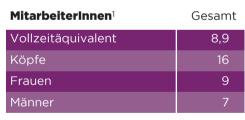
99.9%

100%

Leitsatz der Organisation Im Mittelpunkt der Mensch

¹ FAWOS = Fachstelle für Wohnungssicherung

WOBES 2011



¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze ¹	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	Auslastung
WOBES Betreutes Wohnen	70	75	143	70	14,5	geplant 107 ungeplant 28	99,6%

¹ = verrechnete Betten; daneben gibt es noch 54 nicht verrechnete Betten

Erfolge/Kennzahlen: Es bezogen im Jahr 2011 87 erwachsene und 23 minderjährige Personen (30 Frauen, 57 Männer, 23 Kinder) betreute Wohnplätze. 135 Personen (33 Frauen, 71 Männer, 31 Kinder) verließen ihre betreuten Wohnplätze. Bei der letztgenannten Personengruppe beträgt die Quote der erfolgten mittel- und langfristigen Reintegration 79,26 Prozentpunkte. Die kurzfristige Reintegration stieg auf 99,56 Prozent.



WOBES - Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung

Werdertorgasse 15/3-6, 1010 Wien Tel. 01/597 17 16 Fax 01/597 17 16-90 office@wobes.org www.wobes.org

Vorstellung der Organisation

Der Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung - WOBES stellt im Rahmen der staatlichen sozialen Sicherheit und hier insbesondere als Teil des sozialen Netzes in Wien die Fürsorge für sozial bedürftige Menschen sicher.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke und unterstützt den gefährdeten Personenkreis vorwiegend durch Beschaffung von geeignetem Wohnraum und durch umfassende sozialarbeiterische Betreuung.

Leitsatz der Organisation

Jeder und jedem seine 2. Chance.

ZAHLEN & FAKTEN "WIEDER WOHNEN"

MitarbeiterInnen ¹	Gesamt		
Vollzeitäquivalent	209		
Köpfe	224		
Frauen	117		
Männer	107		

¹ ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartiere	Betten	Frauen	Aufenthalt	Auslastung
Haus Gänsbachergasse	16	162	0,9	75%
Hermine	20	159	1	67%

Erfolge/Kennzahlen: -

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge ³	Auslastung
Haus Arndtstraße	141	85	45	141	11,5	geplant 86 ungeplant -	98,2%
Haus Gänsbachergasse	270	175	352	0	14,1	geplant 131 ungeplant _	98,1%
Haus Hernals	256	0	511	0	14,2	geplant 98 ungeplant _	92,7%
Haus Johnstraße ¹	18	8	13	0	37	geplant 2 ungeplant -	100%
Haus Kastanienallee ²	132	175	92	315	4	geplant 239 ungeplant -	89,1%
Haus Siemensstraße	232	0	471	0	12,8	geplant 131 ungeplant -	97,9%

¹18 Wohnungen/30 Wohnplätze

Erfolge/Kennzahlen: Einzug nach Betreuungsende in eine Gemeindewohnung: 252; Kennzahlsystem für "erfolgreiche Integration" im Aufbau, detto die Kennzahlen für Aktivierungsprojekte

² inkl. einer Akutwohnung

³ aufgrund fehlender Standardisierung derzeit keine Angabe möglich (neues Kennzahlensystem ist im Aufbau)



"wieder wohnen"

Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH Redtenbachergasse 80, 1170 Wien Tel. 01/4000-59110 Fax 01/4000-59119 wiederwohnen@fsw.at www.wiederwohnen.at

Vorstellung der Organisation

Stabilisierung und Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation obdachloser und wohnungsloser Frauen, Männer und Familien stehen im Mittelpunkt der Arbeit von "wieder wohnen". Über 200 MitarbeiterInnen arbeiten als multiprofessionelle Teams zusammen und gewährleisten somit die bestmögliche Unterstützung für die KlientInnen.

Die "wieder wohnen" - Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH ist ein Tochterunternehmen des Fonds Soziales Wien und ist mit ihren unterschiedlichen Wohnangeboten die größte Anbieterin innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge ¹	Auslastung
Haus Felberstraße	51	39	21	62	8,4	geplant 64 ungeplant -	94%
wohnhasis	177	76	36	156	19.7	geplant 5⊿ ungeplant _	91.9%

¹ aufgrund fehlender Standardisierung derzeit keine Angabe möglich (neues Kennzahlensystem ist im Aufbau)

Erfolge/Kennzahlen: Einzug nach Betreuungsende in eine Gemeindewohnung: 39; Kennzahlsystem für "erfolgreiche Integration" im Aufbau, detto die Kennzahlen für Aktivierungsprojekte

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Aufenthalt		Auszüge ¹	Auslastung
Haus LEO	48	0	63	34,9	geplant	4 ungeplant -	99,2%

¹ aufgrund fehlender Standardisierung derzeit keine Angabe möglich (neues Kennzahlensystem ist im Aufbau);

Erfolge/Kennzahlen: Einzug nach Betreuungsende in eine Gemeindewohnung: 2; Kennzahl für termingerechte Nutzungsentgeltzahlung als ein Aspekt der Wohnzufriedenheit im Aufbau, detto die Kennzahlen für Aktivierungsprojekte

Ambulante Einrichtungen	Beratungs- gespräche	Straßen- einsätze	Zeitpunkt- messung ¹	Besucher- Innenzahl	Prekariums whg.	Projektteil- nehmerInnen
Tageszentrum JOSI	6.984	194	89/63	-	2	45
Kontaktstelle aXXept	4.156	140	-	3.435	-	150

¹ Mittelwert der BesucherInnenanzahl um ca. 14:00 Uhr im und vor dem Lokal/im Lokal

Erfolge/Kennzahlen: TeilnehmerInnen an Freizeitaktivitäten-Projekten im Jahr 2011: 195

ADRESSEN

WWH-Einrichtungen nach Träger in alphabetischer Reihenfolge geordnet

Arbeiter-Samariter-Bund Wien

Wohnen und Soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH Pillergasse 24, 1150 Wien Tel. 01/89 145-272 Fax 01/89 145-99 272 wsd@samariterwien.at www.samariterwien.at

R3

Nachtquartier für Frauen Übergangswohnhaus für Frauen, Männer und Paare 14., Reizenpfenninggasse 3

Haus Sama

Übergangswohnhaus und Sozial Betreutes Wohnhaus 10., Erlachgasse 68-70

WohnenPlus RIGA

Betreutes Wohnen 13., Riedelgasse 7-9

Haus Max Winter

Sozial Betreutes Wohnhaus 15., Pillergasse 20

Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe Wien

Lorenz-Mandl-Gasse 31-35, 1160 Wien Tel. 01/493 90 49 Fax 01/493 93 924 office@arge-wien.at www.arge-wien.at

Haus Esslinger Hauptstraße

Sozial Betreutes Wohnhaus 22., Esslinger Hauptstraße 9

Haus Leopoldauer Straße

Sozial Betreutes Wohnhaus 21., Leopoldauer Straße 2

Haus Maroltingergasse

Sozial Betreutes Wohnhaus 16., Lorenz-Mandl-Gasse 31-35/Eingang Maroltingergasse 64

Haus Schlachthausgasse

Sozial Betreutes Wohnhaus 3., Schlachthausgasse 41a

Betreutes Wohnen

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Familien 15., Geibelgasse 25/1

Caritas der Erzdiözese Wien

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien Tel. 01/878 12-310 Fax 01/878 12-9310 obdach-wohnen@caritas-wien.at www.caritas-wien.at

P7

Wiener Service für Wohnungslose 2., Pazmanitengasse 7

Gruft

Betreuungszentrum für obdachlose Menschen 6., Barnabitengasse 14

FrauenWohnZimmer

Tageszentrum für obdachlose und wohnungslose Frauen 2., Springergasse 5

MigrantInnenzentrum

Rechts- und Sozialberatung und Bereitstellung von Wohnungen 16., Lienfeldergasse 75-79

Medizinischer Betreuungsbus Louise

Mobile ärztliche Erst- und Notversorgung 18., Lacknergasse 98

U63

Notschlafstelle für Männer 12., Unter-Meidlinger Straße 63

FrauenWohnZentrum

Frauenwohnhaus mit Tageszentrum, Nächtigungs- und Wohnbereich für Frauen 2., Springergasse 5

Haus St. Josef

Sozial Betreutes Wohnhaus 18., Lacknergasse 98

Haus Miriam

Zielgruppenwohnen für Frauen in Krisensituationen 18., Schopenhauerstraße 10

IUCA

Zielgruppenwohnen mit einer Tagesstruktur für die BewohnerInnen 16., Römergasse 64-66

Rupert-Mayer-Haus

Zielgruppenwohnen und Sozial Betreutes Wohnhaus 16., Kirchstetterngasse 26-28

Vinzenzhaus

Zielgruppenwohnen 6., Gfrornergasse 12

Haus Immanuel

Mutter-Kind-Haus 20., Vorgartenstraße 90

Haus Luise

Mutter-Kind-Haus 15., Schanzstraße 34

Startwohnungen

Betreutes Wohnen für Frauen, Männer, Paare und Familien 5., Wiedner Hauptstraße 105

INSIEME

Betreutes Wohnen in Wohnungen für asylberechtigte und subsidiär schutzberechtigte Familien 16., Lienfeldergasse 75-79/1

Haus Allerheiligen

Sozial Betreutes Wohnhaus 20., Salzachstraße 3

Haus Jona

Sozial Betreutes Wohnhaus 14., Cumberlandstraße 51

Haus Noah

Sozial Betreutes Wohnhaus 22., Heustadelgasse 38

Heilsarmee Österreich

Große Schiffgasse 3, 1020 Wien Tel. 01/214 48 30 Fax 01/214 48 30-55 austria@swi.salvationarmy.org www.heilsarmee.at

SalztorZentrum

Übergangswohnhaus 2., Große Schiffgasse 3

SalztorZentrum - Betreutes Wohnen

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Männer 2., Große Schiffgasse 3

Haus Erna

Sozial Betreutes Wohnhaus 21., Moritz-Dreger-Gasse 31

Verein neunerHAUS

Margaretenstraße 166/1, 1050 Wien Tel. 01/990 09 09-900 Fax 01/990 09 09-909 verein@neunerhaus.at www.neunerhaus.at

Team neunerHAUSARZT

Allgemeinmedizinische, aufsuchende Versorgung in 15 Wohnhäusern der Wiener Wohnungslosenhilfe 5., Margaretenstraße 166/1(Leitung)

neunerHAUS Zahnarzt

Zahnarztpraxis für obdachlose und wohnungslose Menschen 5., Margaretenstraße 166/1

neunerHAUS TierärztInnen

Kostenlose tierärztliche Versorgungsstelle für Tiere obdach- und wohnungsloser Menschen
3., Hagenmüllergasse 34
Tel. 0650/21 00 158

neunerHAUS Billrothstraße

Zielgruppenwohnhaus 19., Billrothstraße 9

neunerHAUS Hagenmüllergasse

Begleitetes Dauerwohnen 3., Hagenmüllergasse 34

neunerHAUS Kudlichgasse

Sozial Betreutes Wohnhaus 10., Kudlichgasse 44

neunerHAUS Startwohnungen

5., Margaretenstraße 166/1 (Leitung)

NEUSTART

Betreutes Wohnen Holzhausergasse 4/3. Stock, 1020 Wien Tel. 01/218 32 55-507 Fax 01/218 32 55-120 bewo@neustart.at www.neustart.at

Geschäftsführung

Castelligasse 17 1050 Wien Tel. 01/545 95 60

Verein Struktur

Linzerstraße 125-127/1/20, 1140 Wien Tel. 0664/829 44 47 Fax 01/526 58 98 caritasgemeinde@gmx.at

Betreute Wohngemeinschaft für alkoholkranke Menschen

für Frauen und Männer, Verbleib auf Dauer möglich 14., Linzer Straße 125-127

Volkshilfe Wien

Weinberggasse 77, 1190 Wien Tel. 01/360 64-0 Fax 01/360 64-61 landessekretariat@volkshilfe-wien.at www.volkshilfe-wien.at

FAWOS

Fachstelle für Wohnungssicherung 2., Schiffamtsgasse 14/3. Stock

"betreut wohnen"

für Frauen, Männer, Paare und Familien 12., Bischoffgasse 26/2/4

Haus Liesing

Sozial Betreutes Wohnhaus 23., Breitenfurter Straße 336

"wieder wohnen"

Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH Redtenbachergasse 80, 1170 Wien Tel. 01/4000-59110 Fax 01/4000-59119 wiederwohnen@fsw.at www.wiederwohnen.at

Haus Arndtstraße

Übergangswohnhaus für Familien 12., Arndtstraße 65-67

Kontaktstelle aXXept

Obdachlose junge Erwachsene mit Mehrfachproblematik (Schwerpunkt Punks) 6., Windmühlgasse 30

Haus Felberstraße

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Familien 15., Felberstraße 116

Haus Gänsbachergasse

Übergangswohnhaus für Frauen, Männer und Paare und Nachtquartier für Frauen 3., Gänsbachergasse 7 **Hermine** (seit 30.4.2012 geschlossen) Nachtquartier für Frauen 3., Gänsbachergasse 5

Haus Hernals

Übergangswohnhaus für Männer 17., Wurlitzergasse 89

Haus Johnstraße

Übergangswohnhaus für junge Erwachsene mit Mehrfachproblematik (Schwerpunkt Punks) 15., Johnstraße 45

Tageszentrum Josi (.exil)

(ehem.) 8., U6-Station Josefstädter Straße seit Juli 2011: 12., Koppreitergasse 7

Haus Kastanienallee

Übergangswohnhaus für Familien 12., Kastanienallee 2

Haus LEO

Dauerwohnen für Männer 17., Redtenbachergasse 82

Haus Siemensstraße

Übergangswohnhaus für Männer 21., Siemensstraße 109

wohnbasis

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Familien 12., Gierstergasse 8/7-9

Wiener Hilfswerk - Bürger in Not

Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien Tel. 01/512 36 61-715 Fax 01/512 36 61-716 gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at wien.hilfswerk.at

Haus Hausergasse

Sozial Betreutes Wohnen 10., Hausergasse 4-6

Haus Bürgerspitalgasse

Sozial Betreutes Wohnen 6., Bürgerspitalgasse 4-6

Haus Tivoligasse

Sozial Betreutes Wohnen 12., Tivoligasse 41

Betreutes Wohnen

für Frauen und Familien 7., Schottenfeldgasse 29

Wiener Rotes Kreuz

Wiener Rotes Kreuz – Rettungs-, Krankentransport-, Pflege- und Betreuungsgesellschaft m.b.H. Nottendorfer Gasse 21, 1030 Wien Tel. 01/79 580 Fax 01/79 580-9706 www.wrk.at

Haus Hermes

Nachtquartier für Männer 3., Gänsbachergasse 5

Haus Otto

Nachtquartier für Männer 14., Baumgartner Höhe 1, Otto Wagner Spital, Pav. 25

Startwohnungen

Betreutes Wohnen in Wohnungen für asylberechtigte Familien 9., Brünnlbadgasse 17

Haus Henriette

Sozial Betreutes Wohnhaus 2., Engerthstraße 154 a henriette.leitung@w.roteskreuz.at

WOBES - Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung

Werdertorgasse 15/3-6, 1010 Wien Tel. 01/597 17 16 Fax 01/597 17 16-90 office@wobes.org www.wobes.org

Betreutes Wohnen

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Frauen, Männer und Familien 1., Werdertorgasse 15/3-6

